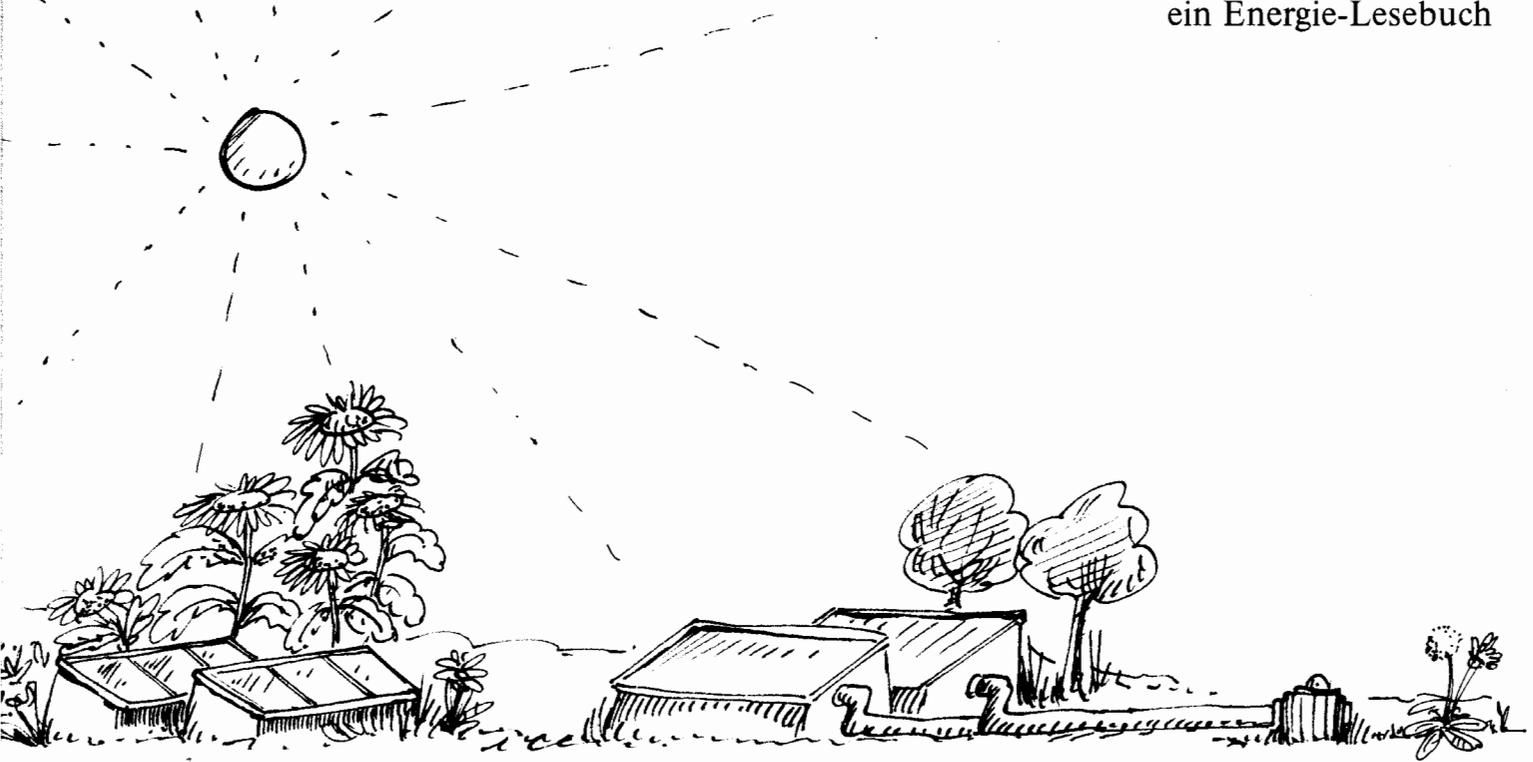


Auf dem Weg zur

Naturwirtschaft

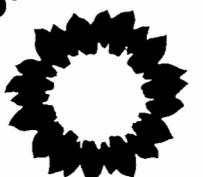
ein Energie-Lesebuch

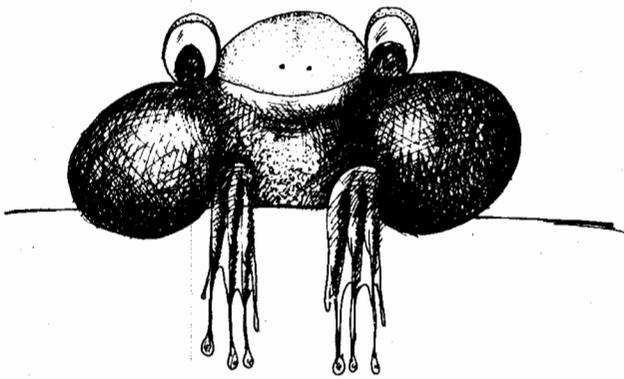


Ulrich Jochimsen
Günter Randecker
Dieter Schäfer

vorgezogene Auflage zum Wahljahr 1984 für

DIE GRÜNEN
BADEN-WÜRTTEMBERG





Vorwort

Die Tatsachenwahrheit ist von Natur politisch Hannah Arendt

Über Energie- und Umweltkrisen, über Zukunfts-Horror-Szenarien und politisch-technische Sachzwänge ist schon so viel geschrieben worden, daß ein Menschenleben nicht ausreicht alles zu lesen – geschweige denn zu verarbeiten.

Warum zum Überfluß auch noch diese Broschüre?

Weil der Wald nicht weiter sterben darf; denn heute die Bäume, morgen wir . . .

Weil zwei Wahlkämpfe 1984 im kulturell vielseitigen Baden-Württemberg auch die müde Politik aufwecken kann.

Wenn wir als ohnmächtige, kleine Gruppe Mensch und Natur helfen wollen, müssen wir den Mächtigen Fragen stellen:

Wie ist es zu dieser jetzigen Situation gekommen?

Warum gibt es keine glaubhafte Zukunftspolitik?

Warum gibt es keine Diskussion über die Struktur der Energieversorgung?

Warum gibt es keine politische Auseinandersetzung über die gesetzlichen Grundlagen dieser Umweltzerstörung?

Mit anderen Worten:

Wir müssen die Tabus der Energie-Unternehmen antasten und verletzen, um an die Wahrheit zu gelangen. Denn ohne sie gibt es keine Zukunft. Hanna Arendt, die sich mit der Wahrheit und Lüge in der Politik ihr Leben lang beschäftigt hat, gibt uns Rat:

Zwar ist Wahrheit ohnmächtig und wird in unmittelbarem Zusammenprall mit den bestehenden Mächten und Interessen immer den Kürzeren ziehen, aber sie hat eine Kraft eigener Art: es gibt nichts, was sie ersetzen könnte. Überredungskünste oder auch Gewalt können Wahrheit vernichten, aber sie können nichts an ihre Stelle setzen.

Spätestens die Bilder um Wuhl, Brokdorf und Gorleben machen überdeutlich: Unsere jetzige Energieversorgung ist aus der geistigen Saat des Nationalsozialismus hervorgegangen. **Der Komplex Energie-Ökologie**, bisher stark beeinflusst von den geisti-

gen, sozialen Bewegungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen in Nordamerika **hat aber in Deutschland seine eigene Geschichte noch vor sich**. Die speziellen deutschen Strukturen sind bisher minutiös der Öffentlichkeit noch nicht vorgestellt, ja systematisch in den letzten 38 Jahren vorenthalten worden. Hier ist in verschiedener Weise die Verbundwirtschaft aller zentralen Organisationen **das politische Betätigungsfeld einer ökologischen, das Dezentrale propagierende Bewegung**. Hier ist zuerst und zunächst das eigene Informationsdefizit aufzuholen.

Nehmen wir den Herrschenden den „Generalinspektor für Wasser und Energie“ und den „Reichswirtschaftsminister“ aus dem noch geltenden Energie-Ermächtigungsgesetz. Wir werden erleben, sie können auf diese beiden lebenden „Gespenster“ der Vergangenheit auch heute nicht verzichten.

Öffnen wir durch Verabschiedung des Energie-Dezentral-Gesetzes den Weg zur heimatverbundenen-haushälterischen Energiewirtschaft, der Naturwirtschaft. Wir werden aufatmen, denn die Energie-Monopole werden ihre zerstörerische Macht über uns und die Natur verlieren.

Organisieren wir unsere Energieversorgung selbst, indem wir Energiegenossenschaften gründen. Wir werden sehen, es ist der erste Schritt zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Wir haben uns entschieden: Gegen die totalitäre Energiewirtschaft, für die dezentralisierte Energiewirtschaft, aus Liebe zu Mensch und Natur, um in Einklang mit der Natur zu kommen, vermittelt durch eine sozialverträgliche, verfassungskongruente, ökologische Energiewirtschaft.

Wir haben der Erörterung der Hintergründe für unsere Entscheidung eine Einleitung vorangestellt und zeigen einen gangbaren Weg in eine demokratische Solarenergiegesellschaft auf.

Im Abschnitt „Grüne Politik“ wird gezeigt, welche erneuernden Kräfte in

diesem Land durch die Grünen gefördert werden und welches die ersten Schritte sind, die nach der Landtagswahl 1984 im Land Baden-Württemberg und nach der Kommunalwahl 1984 in den Gemeinden von den Grünen gegangen werden.

Baden-Württemberg, „Partner der Welt“. In diesem Abschnitt wollen wir zeigen, daß auf der ganzen Welt die energiewirtschaftlichen Elemente zur Gestaltung einer „Naturwirtschaft“ längst Wirklichkeit geworden sind.

Schon über ein Jahr haben wir den Wunsch zu einem „Lesebuch über Energie“, doch zur Herstellung hatten wir dann nur einen Monat. Das ist zu wenig Zeit. Wenn es trotzdem etwas geworden ist, haben wir es vielen zu verdanken, die uns geholfen haben. Mit Blick auf eine weitere (?) Auflage bitten wir Sie, beziehungsweise Dich, uns Hinweise für Verbesserungen zu geben.



Bitte Bedenkzeit

Die Enquete-Kommission und ihre 4 Pfade in die Zukunft

Wir befinden uns in einer Entscheidungssituation, an einer Verzweigungsstelle in unserer geschichtlichen Entwicklung. Dies dokumentierte die Enquete-Kommission des Bundestages „Zukünftige Entwicklung der Kernenergie-Politik“, indem sie dem Bundestag und uns 4 mögliche Wege in die Zukunft vorstellte. Im Bundestag konnte 1980 keine Entscheidung getroffen werden. Die Experten-Kommission empfahl zur Ausleuchtung der Zukunftsperspektiven, die ungeklärten Fragen zur Kernenergie, zu den erneuerbaren Energiequellen und zu den Energiesparmöglichkeiten bis 1990 zu klären. Erst dann solle über die Kernkraft endgültig entschieden werden.

Wir haben über die Kernkraft entschieden, wir brauchen sie nicht. die strahlenden Gefahren, die von der Kernenergie und ihren Mißbrauchsmöglichkeiten ausgehen, sind zu groß

und genausowenig abzuschätzen wie die Gefahr für unser Gemeinwesen: Der überstarke Staat ist der Demokratie nicht förderlich.

Es ist ein Verdienst der Enquete-Kommission, neben der Wirtschaftlichkeit, der internationalen Verträglichkeit und der Umweltverträglichkeit die Sozialverträglichkeit in die politische Diskussion der Technologie-Folgen-Abschätzung aufgenommen zu haben.

Gerade aber im Bereich der Sozialverträglichkeit, wo es um die Verträglichkeit eines Energiesystems mit der sozialen Ordnung und Entwicklung für den Einzelnen wie für die Gesamtgesellschaft geht, können wir die Entscheidung nicht ohne Kenntnis der Hintergründe unserer jetzigen Ausgangssituation treffen, ohne ihre geschichtliche Entwicklung.

Wir können und dürfen es uns nicht einfach machen, wir stehen nicht un-

belastet am Anfang, wir haben eine Atomhypothek abzutragen, in die uns eine hemmungslose Politik des „Machbaren“ hineingetrieben hat. Die Machtstrukturen brauchen keine Bedenkzeit. Nachdenken sollen wir nicht, wir sollen die „kommende Steinzeit“ fürchten, mehr nicht.

Wir wollen aber die Bedenkzeit nicht oberflächlich verstreichen lassen, sondern den Kräften, die uns diese Entscheidungssituation aufgezwungen haben, auf den Grund kommen. Wir werden sehen, daß es die zerstörerische Machtpolitik des Dritten Reiches ist, für die wir uns entscheiden sollen, deren Weiterführung wir als Menschen und Demokraten aber entschieden ablehnen. Wir wollen durch die Dezentralisierung der Energiewirtschaft eine Energieversorgungsstruktur erreichen, deren Einführung seit der Gründung der Bundesrepublik überfällig ist.

Die 4 Pfade der Enquete-Kommission

hart oder sanft?	jeweils 2 Wege	Wirtschaftswachstum bis 2000 nach 2000		Strukturwandel der Wirtschaft	Energieeinsparung	Energiequellen
DER HARTE WEG mit Kernenergie	Pfad 1	3,3%	1,4%	mittel	Trend	sehr viel Kohle Öl, Gas und Kernenergie sehr wenig Solarenergie
	Pfad 2				stark	viel Kohle und weniger Öl, Gas Kernenergie sehr wenig Solarenergie
DER SANFTE WEG ohne Kernenergie	Pfad 3	2,0%	1,1%	stark	sehr stark	viel Kohle und auch noch Öl, Gas wachsender Anteil an Solarenergie
	Pfad 4				extrem	Kohle, immer weniger Öl, Gas immer größerer Anteil an Solarenergie



Weichenstellung

Entscheidungen für ein Energiesystem können nicht nur aufgrund von „Sachzwängen“, von kurzfristigen Überlegungen getroffen werden.

Entscheidungen für das eine Energiesystem und gegen das andere sind strategische Entscheidungen, die eine Weichenstellung mit langfristigen und vielfältigen Auswirkungen bedeuten. Kurzfristige Erfahrungen aus der Vergangenheit („Wir brauchen immer mehr Energie“), unüberlegte Fortschreibung von Trends können nicht alleinige Entscheidungsgrundlage sein. Es ist gefährlich, sich nur auf solche „Erfahrungen“ zu berufen, es ist Taktik, um die Tragweite der Entscheidung zu vernebeln.

Wir entscheiden nicht zwischen schlichtem Weitermachen und der Steinzeit. Wir wählen zwischen verschiedenen Wegen, die wir mit unterschiedlichen Risiken und Chancen in die Zukunft einschlagen können.

Lernen wir aus der Geschichte:

Von Holz zu Kohle: Für die industrielle Revolution

Erst die strategische Entscheidung für frühzeitige Anwendung der Kohle hat den exponentiellen, explosiven Prozeß der industriellen Revolution angefangen.

Planen wir für die Zukunft:

Durch Dezentralisierung zum Gleichgewicht

Fritjot Capra stellt in seinem Buch „Wendezeit“ Bausteine für ein neues Weltbild vor. Der Textauszug stellt zukunftsorientierte Überlegungen für unsere notwendige Weichenstellung vor.

Von Holz zu Kohle: Für die industrielle Revolution

„Energiesysteme sind zwar nicht die Ursache gesellschaftlicher Entwicklungen, aber ein Energiesystem kann dieser oder jener Entwicklung mehr oder weniger Raum geben. ... Rolf Peter Sieferle zeigt ... daß der Übergang zur Nutzung fossiler Energie – vor allem Kohle – in der industriellen Revolution ebenfalls eine Weichenstellung für zukünftige Lebensbedingungen gewesen ist und insoweit eine historische Parallele zur gegenwärtigen Situation abgibt.

Sieferle zeigt, z.B., daß der industrielle Brennstoffbedarf etwa bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auch durch Holz hätte gedeckt werden können, wenn die energieintensive Produktion dorthin verlagert worden wäre, wo es entsprechende Wälder gab. Auf diese Weise hätte sich in Europa eine dezentrale Gewerbeentwicklung ergeben. Zwar wäre die industrielle Entwicklung – besonders im Eishüttenbereich – stark verlangsamt

worden, jedoch so, daß sich eher eine gewerbliche Evolution statt einer industriellen Revolution ergeben hätte. Die mit dem Tempo der Entwicklung zusammenhängende soziale Krise wäre also nicht oder nur in sehr gemilderter Form eingetreten. Hätten wir heute die Wahl zwischen einerseits der industriellen Revolution um den Preis des unendlichen Elends der frühen Industrialisierung, andererseits einer langsameren, gewerblichen Evolution – wer wollte der ersteren Möglichkeit eindeutig den Vorzug geben?

Klaus Michael Mayer-Abick und Bertram Schefold, Herausgeber der Reihe: „Sozialverträglichkeit von Energiesystemen“ im Vorwort zu Band 2: Der unterirdische Wald – Energiekrise und Industrielle Revolution von Rolf Peter Sieferle; Beck-Verlag München 1982.

Rolf Peter Sieferle stellt unsere kulturelle Entwicklung in drei Phasen dar, deren enger Zusammenhang mit dem zugrunde liegenden Energiesystem angezogen wird.

Menschen als Jäger und Sammler

Die Menschheit lebte bis zum Beginn der Industriellen Revolution in Solar-Energie-Systemen. Als Jäger und Sammler nahmen sie, was die Biosphäre ihnen bot. Durch Regelung des Nachwuchses konnte die Bevölkerungsdichte unter der Maximalzahl bleiben und die Menschen hatten ein „gutes“ Leben.

Erst durch die Beherrschung des Feuers war es möglich nördlichere Breiten zu besiedeln. Das Rösten von Fleisch war der Beginn der Nutzung des Feuers in der Küche. Kochen, um roh nicht genießbare Pflanzenteile zu garen, war den Nomaden nicht möglich. In ihren Ledereimern konnten sie allenfalls mit heißen Steinen eine Suppe wärmen.

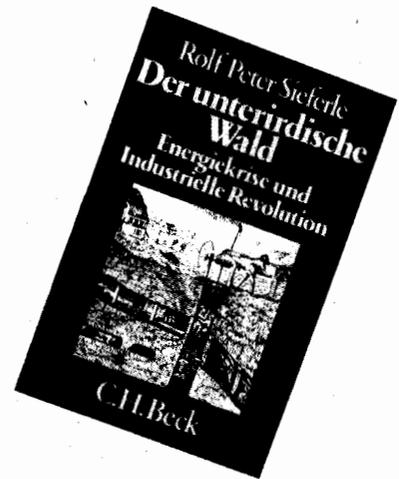
Der Übergang zum Ackerbau

Erst die Seßhaftigkeit machte die Verwendung von Tongefäßen zum Kochen möglich. Es wurden neue Nahrungsquellen durch das Garen erschlossen. Der Ackerbau setzte ein, um zusätzliche Nahrungsquellen für eine wachsende Bevölkerung zu gewinnen.

Die unmodellerte Sonnenenergienutzung durch Verwendung des Vorhandenen wurde abgelöst durch die mehr oder weniger planmäßige Gestaltung der Umwelt (Anbau, Zucht, Haustiere) und mündete in eine modellierte Sonnenenergienutzung, die speicherbare Ernteerträge einbrachte.

Den Bauern konnte sehr leicht ihr Ernteertrag gestohlen werden. Die räuberischen Diebe setzten sich als Herren ein, oder die Bauern selbst brachten aus ihren Reihen eine kriegerische, beschützende, verwaltende Klasse hervor, die von den Überschüssen der Landwirtschaft lebte.

Die Verwandtschaftsbeziehung der Jäger und Sammler als zentrale Organisationsform wurde durch die Eigentumsbeziehung an Grund und Boden abgelöst. Zur Regelung von Konflikten etablierten sich die „übergeordneten“ Institutionen.



Rolf Peter Sieferle stellt unsere kulturelle Entwicklung in drei Phasen dar, deren enger Zusammenhang mit dem zugrundeliegenden Energiesystem aufgezeigt wird.

Energiesystem	Gesellschaft	Zentrale Organisationsform	Stabilität
Solarenergie-System (unmodelliert)	Jäger-Sammler-Gesellschaft	Verwandschaftsbeziehungen	lange Zeit stabil
neolithische Revolution (Übergang zum Ackerbau)			
modelliertes Solarenergie-System	Agrargesellschaft	Eigentumsbeziehungen Gemeineigentum Institutionen zur Konfliktregelung	ca. 10.000 Jahre stabil
industrielle Revolution			
fossiles Energiesystem	Industriegesellschaft	Eigentumsbeziehungen Neue Rechtsformen: Aktiengesellschaft . . . Nationalstaat zur Konfliktregelung	ca. 200 Jahre alt und schon bedroht: Übergangsgesellschaft

Besonders ausgeprägt haben sich diese Führungsschichten dort, wo große Bewässerungsanlagen als Voraussetzungen für Ackerbau errichtet und instand gehalten werden mußten: In China und im Orient. Das Management landesweiter Bewässerungsanlagen war die Legitimation für die orientalische Despotie, die hydraulische Gesellschaft. Solche „Bewässerungsgesellschaften“ brauchten langfristige Stabilität. Sozialer Wandel und technische Innovationen unterblieben. Neuerungen gefährdeten diese Stabilität, das Risiko, daß sie mehr schaden als nützen war zu groß, sie wurden deshalb unterdrückt. Die Bewässerungsgesellschaften wurden extrem konservativ und innovationsfeindlich. Aus Furcht vor dem Zusammenbruch des ganzen Gesellschaftssystems wurde auf mögliche Verbesserungen verzichtet. Wenn durch innere Unruhen oder kriegerische Auseinandersetzung die Steuerung des hochkomplizierten Bewässerungssystems nicht funktionieren konnte, mußte bei längerfristigen

Störungen dieses menschliche Ökosystem zusammenbrechen. Wenn jedoch die Innovationsbereitschaft nicht durch übermächtige Bürokratie unterdrückt wurde schaffte die Erleichterung von Arbeit und Transport durch technische Neuerungen eine differenzierte Gesellschaft. Diese Ausdifferenzierung bewirkte auch, daß die Bauern ihr Gemeingut, wie zum Beispiel die Waldweide, nicht mehr nur in Selbstkontrolle geregelt nutzen konnten. Der Staat hat die Waldweide verboten, um den Holzbedarf der wachsenden Städte zu sichern. Die wachsende Bevölkerung wanderte in die Stadt, deren arbeitsteilige, marktorientierte Kultur den Keim zur strukturellen Veränderung barg und so zur Etablierung des Industriesystems führen konnte.

Die Einleitung der industriellen Revolution
Ein auslösender Faktor neben vielen anderen war der Übergang zum fossilen Energieträger Kohle. Holzangel

gab es des öfteren im Mittelalter und dennoch setzte sich die Kohle nur mit massiver staatlicher Unterstützung durch.

Durch diese strategische Entscheidung der Forcierung von Kohleverwendung wurden die Weichen an dieser Verzweigungsstelle in Richtung der rasant verlaufenden industriellen Revolution gestellt.

Die Reichweite der Entscheidung war von den Zeitgenossen nicht abzusehen. Eine weitere sparsame Nutzung des Holzes hätte zu einer gewerblichen Evolution führen können. Die Entscheidung fiel zugunsten der Kohle: Man hielt sie anfangs für nachwachsend im Sinne eines unterirdischen Waldes und somit für unerschöpflich. Ihre Begrenztheit fand erst später Eingang in das Bewußtsein.

Ein Vergleich der Holzkohlen-Eisenindustrie in England mit der Koks-Eisenindustrie auf Kohlebasis zeigt, wie durch Kohle die industrielle Konzentration ermöglicht wurde:

„Wie wir sehen vervielfältigt sich die Zahl der möglichen Standorte. Gleichzeitig wird aber auch Konzentration an einem Standort möglich, da die Elemente der Produktion: Erze und Kohle transportiert werden können, während dies weder für Holzkohle noch für die mechanische Energie des Wassergefälles über größere Entfernungen hinweg möglich war. Dadurch konnten Hochöfen und Gießereien zusammenrücken. Die Basis für die schwerindustrielle Konzentration war geschaffen.“

Was wäre wenn . . .

Die enorme Vergrößerung der britischen Eisenproduktion gegen Ende des 18. Jahrhunderts hätte ohne Steinkohle nicht stattfinden können.

„Eine Gesellschaft ohne Kohle wäre daher wohl eine hölzerne Gesellschaft geblieben. Wir können deshalb annehmen, daß die europäische Eisenproduktion bei stark dezentraler Verteilung relativ bald ein Plateau erreicht hätte, das sicher über dem Stand von 1700 gelegen wäre, aber wohl nicht wesentlich über

dem Stand von 1820. Dies hätte nicht bedeutet, daß die Europäer in der „Steinzeit“ gelebt hätten; ein allzu »eisernes« Gepräge hätte ihre Welt jedoch auch nicht gehabt.“

Zudem kann man davon ausgehen, daß die aufstrebende Landwirtschaft einen großen Teil der Eisenproduktion gebraucht hätte, um durch technische Neuerungen Verbesserungen der Produktivität zu ermöglichen.

Dieses Eisen hätte gefehlt in der Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft, die so viel langsamer hätte verlaufen müssen.

„Es ist kaum vorstellbar, daß es auf der Grundlage von Holzkohleisen eine Entwicklung hätte geben können, die den Namen einer Industriellen Revolution verdiente.“

Durchsetzung der Kohle in Preußen

Mit welchen Schwierigkeiten die Durchsetzung der Steinkohle für den Preußischen Staat verbunden war, und welche Mittel er anwenden mußte, zeigen die Textstellen, die den Anfang des fossilen Energiesystems „Kohle“ für Preußen beschreiben:

„Die Absicht des preußischen Staates bestand hier darin, für die mit der Annexion Schlesiens erworbenen Kohlebergwerke, die in staatlicher Regie betrieben wurden, einen Absatzmarkt zu schaffen. Da jedoch etwa 2/3 der Fläche Oberschlesiens von Wäldern bedeckt waren, die häufig die Haupteinnahmequelle der lokalen Grundbesitzer waren, bestand in Schlesien bis Ende des 18. Jahrhunderts keineswegs ein Holz-mangel, so daß die Konsumenten keinen Anlaß sahen, die Unannehmlichkeiten und Unsicherheiten der Steinkohlenfeuerung auf sich zu nehmen. Die preußische Regierung sah dagegen durchaus einen drohenden Holz-mangel in näherer Zukunft, weshalb sie in den achtziger und neunziger Jahren die Kohlenprospektion förderte. Die Politik Friedrichs II. war darauf ausgerichtet, eine autarke preußische Energiewirtschaft aufzubauen. Wegen der schwierigen Transportverhältnisse innerhalb von Preußen war importierte englische und schottische Kohle in manchen Ge-

	Eisenschaffende Industrie auf Holzkohlebasis	Eisenschaffende Industrie auf Koks-(Kohle-)Basis
Die Kapazität beim Schmelzen	1720: 300t pro Jahr maximal 700t pro Hochofen	1815: 1500t pro Jahr maximal 3000t pro Hochofen
Die Kapazität beim Frischen	1720: 150t pro Jahr maximal 350t pro Gießerei	1815: 5000t pro Jahr maximal 13.000t pro Gießerei
Kapitalgröße:	Anfang des 18. Jahrh.: £ 4000 pro Hochofen £ 1500 pro Gießerei	Anfang des 19. Jahrh.: £ 20.000 pro Hochofen £ 80.000 pro Gießerei
Kraftquelle	Wasser, mit jahreszeitl. Unterbrechungen, für Blasebälge und Hämmer	Dampf, kontinuierlich verfügbar, für Gebläse Winden zum Beschicken der Hochöfen
maximale Größenordnung	2000t/Jahr an einem Standort	Prinzipiell keine Grenze
Standortqualifikation	Erz, Wassergefälle, Holz, Wasserweg	Erz, Kohle, Wasserweg später Eisenbahnan-schluß

bieten billiger als solche aus Oberschlesien oder dem Ruhrgebiet. Importe wurden daher untersagt. Kohle war deshalb in Berlin Mitte des 18. Jahrhunderts teurer als Holz, und zwar wegen der hohen Transportkosten.

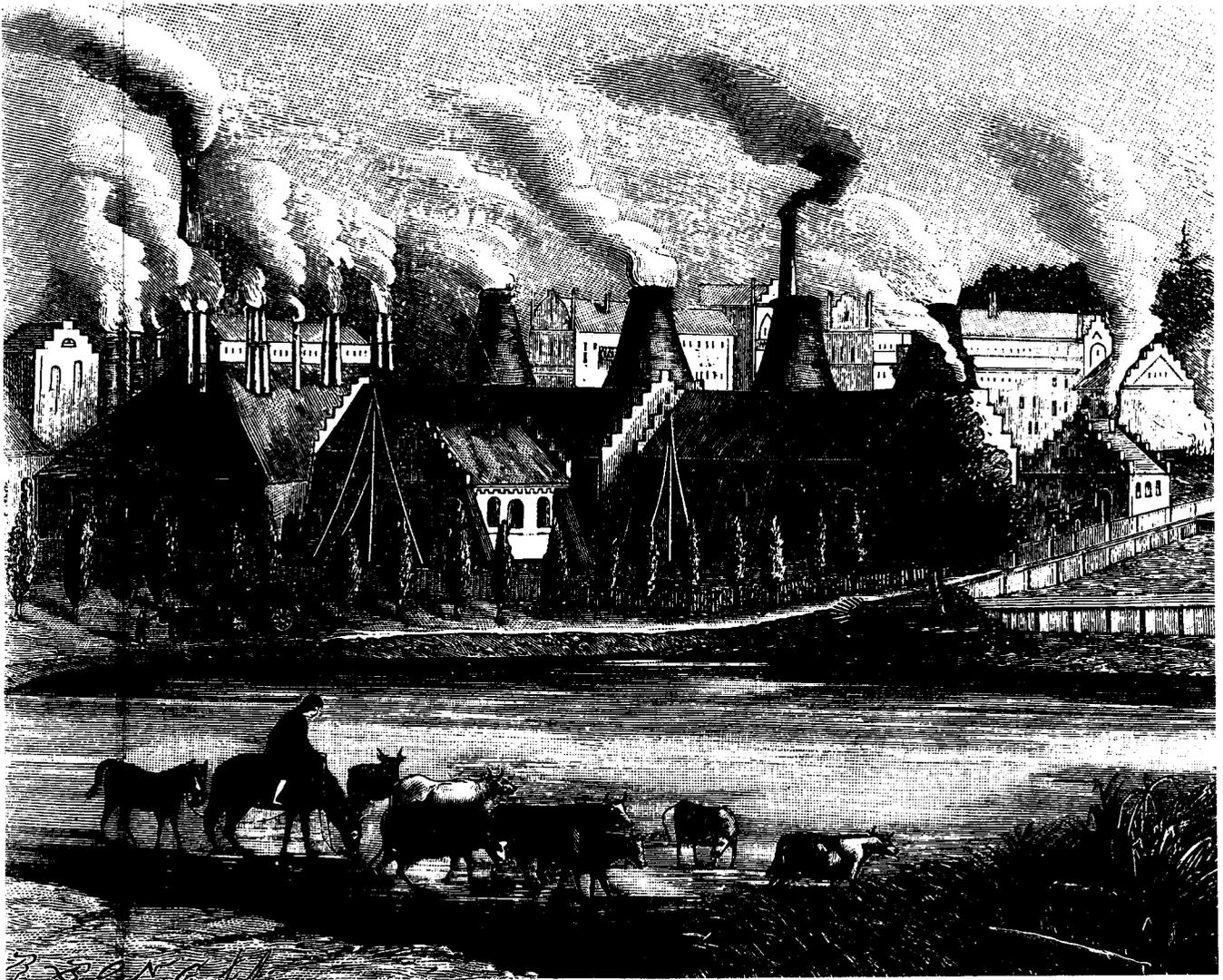
Eine ganze Reihe von staatlichen Anordnungen ergingen, den Gebrauch von Kohle einzuführen, und zwar zunächst in staatlichen Bereichen. So befahl Friedrich II. 1754, daß Kasernen mit Kohle zu heizen seien; 1756 wurde dieser Befehl auf weitere Bereiche ausgedehnt. Es wurden für viele Anwendungsgebiete staatliche Prämien gezahlt, so für Ziegelöfen, Kalkbrennereien, Branntweinbrennereien, Brauereien, Färbereien, Glashütten, Bäckereien, Pottaschen- und Salpetersiedereien, sogar für die Raumheizung. Da mit den Prämien vielfach Mißbrauch getrieben wurde, ging man gegen Ende des Jahrhunderts dazu über, in bestimmten Bereichen die Anwendung von Brennholz unter Strafe zu stellen. „Auch das Berliner Brennholzcomptoir kam

dem Schlesischen Steinkohlenbergbau zu Hilfe; es erhöhte 1793 den Holzpreis und verkaufte die Steinkohlen unter dem Bezugspreise, um ihren Gebrauch zu fördern“ (Fechner 1901, 496). Dies war möglich, da das Brennholzcomptoir eine staatliche Einrichtung war, ursprünglich geschaffen, um die Versorgung der Hauptstadt mit billigem Brennholz sicherzustellen. Jetzt erlaubte seine Monopolstellung, die Durchsetzung der Kohle, die ein Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik darstellte, zu betreiben.“

Kohle im Überfluß

Die Entscheidung für Kohle war also in der Tat eine strategische Entscheidung. Ohne daß die Absicht zugrunde liegen konnte, brachte sie die Industrielle Revolution in Schwung. Es wurde ein Energieüberfluß freigesetzt, der zu völlig absurden und energie-fressenden Verhaltensstrukturen führte.

Wegen ihrer Endlichkeit kann Kohle



Laurahütte um 1840

und heute Erdöl nicht Energiegrundlage für eine stabile Gesellschaft werden. Im Verlaufe der industriellen Revolution setzte eine starke Verstädterung ein, die Feudalgesellschaft wurde überwunden, die Nationalstaaten wurden demokratisiert. Wir könnten „zufrieden“ sein, jedoch werden die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre deutlich sichtbar und die Energiekrisen haben uns die Endlichkeit unserer Industriegesellschaft auf der Basis von Kohle und Öl gezeigt.

Wieder steht die Entscheidung für eine neue Energieart an. Haben wir aus der Geschichte gelernt oder stürzen wir uns nach dem „Kohleabenteuer“ auf einen neuen verheißungsvoll angepriesenen und mit staatlicher Macht durchgesetzten „Energieträger“?

Dient die Kernenergie unserem demokratisch verfaßten Staatswesen oder dient sie nur zur Machtabsicherung der sie durchsetzenden Monopole?

Genauso wie eine sparsame Holznutzung eine gewerbliche Evolution hätte einleiten können, wäre die Dezentralisierung der Energiewirtschaft ein weicher Übergang in das Solarzeitalter.

Durch Dezentralisierung zum Gleichgewicht

Ein Auszug aus Fritjot Capras Buch „Wendezeit“, erschien im Scherz Verlag 1982.

Unter der Überschrift: „Die neue Sicht der Wirklichkeit - der Übergang ins Solarzeitalter“ stellt Capra zukunftsorientierte Überlegungen zur Dezentralisierung vor. Überlegungen, ohne die wir die uns aufgegebene Entscheidungssituation nicht sinnvoll bewältigen können:

„Machen wir uns eine ökologische Perspektive zu eigen und verwenden wir angemessene Begriffe zur Analyse wirtschaftlicher Vorgänge, dann ergibt sich sehr deutlich, daß unsere Wirtschaft, unsere gesellschaftlichen Institutionen und unsere natürliche Umwelt ernstlich aus dem Gleichgewicht geraten sind. Unsere Bessenheit von Wachstum und Expansion hat uns dazu verleitet, zu viele Variablen für lange Perioden zu maximieren - das BSP, Gewinne, die Größe von Städten und gesellschaftlichen Einrichtungen und andere Variablen -, was einen allgemeinen Verlust an Flexibilität zur Folge hatte. Wie bei individuellen Organismen lassen sich ein solches Ungleichgewicht und der Mangel an Flexibilität als Streß bezeichnen, und die verschiedenen Aspekte unserer Krise kann man auch als multiple Symptome dieses gesellschaftlichen und ökonomischen Stresses ansehen. Um ein gesundes Gleichgewicht wiederherzustellen, müssen wir die Variablen, die wir überbeansprucht haben, auf wirklich manipulierbare Größen zurückführen. Neben anderen Maßnahmen müssen wir zu diesem Zweck unsere Bevölkerungen und industriellen Aktivitäten dezentralisieren und unsere riesigen Unternehmen und anderen gesellschaftlichen Institutionen entflechten; wir müssen den Wohlstand neu verteilen und flexible, rohstoffkonservierende Technologien schaffen. Wie in jedem sich selbst organisierendem System läßt

sich die Wiederherstellung von Gleichgewicht und Flexibilität oft durch Selbst-Transzendenz erreichen - indem man durch einen Zustand der Instabilität oder Krise zu neuen Organisationsformen vorstößt.

Unidifferenziertes Wachstum geht oft einher mit Aufsplitterung der Aktivitäten, mit Verwirrung und einem weitverbreiteten Zusammenbruch jeder Kommunikation. Das sind dieselben Phänomene wie bei Krebs auf der Ebene der Körperzellen, und der Ausdruck »wachsen wie ein Krebsgeschwür« trifft für das exzessive Wachstum unserer Großstädte, Technologien und gesellschaftlichen Institutionen genau zu. Wegen des ständigen Zusammenwirkens zwischen Individuen und ihrer natürlichen Umwelt sind die Folgen dieses krebsähnlichen Wachstums für den einzelnen Menschen wie für die Wirtschaft und das Ökosystem ungesund. Die Wiederherstellung des gesellschaftlichen und öko-

logischen Gleichgewichts wird auch zur Verbesserung der individuellen Gesundheit beitragen. Roszak hat die gegenseitige Abhängigkeit des Wohlergehens von individuellen System und dem planetarischen Ökosystem folgendermaßen zusammengefaßt: »Die Bedürfnisse des Planeten sind auch die Bedürfnisse der einzelnen Person . . . , die Rechte der einzelnen Person sind auch die Rechte des Planeten.«¹⁷

Die Wiederherstellung des Gleichgewichts und der Flexibilität in unseren Volkswirtschaften, Technologien und gesellschaftlichen Institutionen wird nur möglich sein, wenn sie mit einem tiefgreifenden Wandel des Wertsystems einhergeht. Im Gegensatz zu dem, was man allgemein glaubt, sind Wertsysteme und ethische Vorstellungen nicht Randerscheinungen für Naturwissenschaft und Technik, sondern sie bilden deren eigentliche Grundlage und Triebkraft. Daher wird die Verlagerung in Richtung eines ausgeglichenen sozialen und ökonomischen Systems auch eine entsprechende Verlagerung der Wertvorstellungen erfordern - von der Selbstbehauptung und dem Konkurrenzdenken zur Zusammenarbeit und sozialen Gerechtigkeit, von der Expansion zur Bewahrung, vom Erwerb materieller Güter zu innerem Wachstum. Diejenigen, die mit dieser Verlagerung bereits begonnen haben, konnten entdecken, daß sie dadurch nicht eingeengt, sondern im Gegenteil befreit und bereichert werden. Walter Weisskopf schreibt in seinem Buch „Alienation and Economics“, die alles entscheidenden Dimensionen der Knappheit im menschlichen Leben seien nicht wirtschaftlicher, sondern existentieller Art.¹⁸ Sie stehen im Zusammenhang mit unserem Bedürfnis nach Muße und Kontemplation, nach Seelenfrieden, Liebe, Gemeinsamkeit und Selbstverwirklichung - alles Dinge, die durch das neue Wertsystem weitaus besser befriedigt werden.

Da unser gegenwärtiger Zustand des Ungleichgewichts zum großen Teil eine Folge unidifferenzierten Wachstums ist, wird die Frage der Größenordnung bei der Neuorganisation unserer wirt-

Das Krebsgeschwür als Ziel aller Wünsche Schlaglicht

Die Dynamik der industriellen Innovation hat sich von Generation zu Generation beschleunigt - teilweise verdoppelt. Für die Papierherstellung betrug die Innovationszeit noch 170 Jahre, für die Dampfmaschine 90 Jahre, für das Radio 50 Jahre, für das Fernsehen 10 Jahre und für den Transistor weniger als 10 Jahre. Ähnliche Beschleunigungen ergeben sich für die Lebensdauer neuer Produkte. Eine Werkzeugmaschine (Drehbank) aus dem Jahre 1925 reichte 25 Jahre bis 1950. Eine Drehbank aus dem Jahre 1945 hatte noch eine Lebensdauer von 15 Jahren, und die Drehbank des Jahres 1965 war nur noch für 5 Jahre wettbewerbsfähig einsetzbar. Dasselbe gilt für den Lebenszyklus moderner Produkte. In der Europäischen Gemeinschaft wird ein Drittel des Umsatzes aller Unternehmen mit Produkten erzielt, die jünger als 6 Jahre sind, und die Hälfte des Umsatzes mit Produkten, die nicht länger als 10 Jahre auf dem Markt sind.“

Karl-Heinz Narjes, Mitglied der EG-Kommission.



schaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen eine zentrale Rolle spielen. Das Kriterium der Größe muß in Übereinstimmung mit dem menschlichen Maß gefunden werden. Was im Vergleich mit dem menschlichen Maß zu weiträumig, zu schnell oder zu gedrängt ist, das ist einfach zu groß. Menschen, die mit Strukturen, Organisationen oder Unternehmen von derart un-menschlichen Dimensionen zu tun haben, werden sich unweigerlich bedroht, entfremdet, der eigenen Individualität beraubt fühlen, was ihre Lebensqualität erheblich beeinträchtigen muß. Die bedeutende Rolle der Größenordnung wird sogar aus streng wirtschaftlicher Sicht deutlich, da mehr und mehr Großunternehmen an übermäßiger Zentralisation und der Verwundbarkeit komplexer, miteinander verwobener Technologien leiden. Die von amerikanischen Kraftwerken bei der Erzeugung von Strom und seinem Transport zum Endverbraucher vergeudete Wärme würde mehr als ausreichend sein, jedes einzelne Haus in den Vereinigten Staaten zu heizen.¹⁹ Die steigenden Kosten für den Transport von Gütern quer durch das Land wird es regionalen und lokalen Unternehmen bald ermöglichen, wieder mit nationalen Unternehmen in Konkurrenz zu treten. Gleichzeitig wird die Schaffung dezentralisierter Technologien kleiner Größenordnungen die einzige Lösung für das Problem übermäßiger staatlicher Reglementierung sein, die sich in Amerika zu einer der problematischsten Konsequenzen undifferenzierten Wachstums entwickelt hat.

Während des Prozesses der Dezentralisierung wird man es vielen unserer veralteten, rohstoffintensiven Unternehmen ermöglichen müssen, tiefgreifende Wandlungen durchzumachen oder, in einigen Fällen, aus dem Wirtschaftsleben auszuschneiden. Und wir werden einen neuen rechtlichen Rahmen brauchen, um die Natur von Privatunternehmen und die Verantwortung der Großunternehmen neu zu definieren. Bei allen diesen Erwägungen wird es besonders darauf ankommen, ein Gleichgewicht herzustellen. Nicht alles muß de-

zentralisiert werden. Einige der Riesensysteme, etwa das Telefon- und Fernmeldewesen, müssen beibehalten werden; andere, wie etwa das öffentliche Verkehrssystem bedürfen des Wachstums; doch muß jedes Wachstum qualifiziert sein, und zwischen Wachstum und Verfall muß ein dynamisches Gleichgewicht bewahrt werden, so daß das System als Ganzes flexibel und für jeden Wandel offen bleibt.

Unter den vielen Beispielen für übermäßiges Wachstum stellt das Anwachsen unserer Städte eine der größten Gefahren für das soziale und ökologische Gleichgewicht dar, weshalb »Ent-Urbanisierung«, eine Bevölkerungsbewegung von den Städten zurück aufs Land, zu den ganz entscheidenden Aspekten der Rückkehr zum menschlichen Maß gehören wird. Roszak hat überzeugend argumentiert, daß diese Ent-Urbanisierung gar nicht erst erzwungen werden muß; sie gehört zu den Dingen, die man nur zulassen muß.²⁰ Meinungsumfragen haben ergeben, daß nur eine kleine Minderheit der Großstadtbewohner dort lebt, weil sie es gerne tut. Die überwältigende Mehrheit würde lieber in kleinen Städten wohnen, in Vorstädten oder auf Bauernhöfen, kann es sich nur nicht leisten. Wir müssen also das weitere Anwachsen der Städte eindämmen und zu diesem Zweck entsprechende wirtschaftliche Anreize, Technologien und Hilfsprogramme schaffen, die denen, die es wünschen, den Übergang vom städtischen zum ländlichen Leben ermöglichen.

Ähnliche Überlegungen gelten für die Dezentralisierung der politischen Macht. Während der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts ist zunehmend deutlich geworden, daß der Nationalstaat als wirksame Regierungseinheit nicht mehr arbeitsfähig ist. Er ist zu groß für die Probleme der lokalen Bevölkerungen und zugleich durch Vorstellungen behindert, die für Probleme globaler Verknüpfung zu eng gefaßt sind. Die heutigen stark zentralisierten nationalen Regierungen können weder lokal handeln noch global denken. Daher sind politische Dezentralisation und regionale Entwicklung zu dringenden Be-

dürfnissen aller großen Länder geworden. Diese Dezentralisation der wirtschaftlichen und politischen Macht muß auch eine Umverteilung von Produktion und Wohlstand einbeziehen, um Nahrungsmittel und Bevölkerungen innerhalb der Staaten sowie zwischen den Industriestaaten und der Dritten Welt in ein besseres Gleichgewicht zu bringen. Schließlich brauchen wir eine neue planetare Ethik und neue Formen der politischen Organisation auf planetarer Ebene, und zwar als Konsequenz der Erkenntnis, daß wir unseren Planeten nicht »managen« können, sondern uns selbst harmonische in seine multip-len, sich selbst organisierenden Systeme integrieren müssen.

Zu menschlicheren Größenordnungen zurückzufinden, muß nicht eine Rückkehr in die Vergangenheit bedeuten; im Gegenteil, das erfordert die Entwicklung einfallreicher neuer Formen der Technologie und gesellschaftlicher Organisation. Ein großer Teil unserer konventionellen, rohstoffintensiven und hochzentralisierten Technologie ist heute veraltet. Kernenergie, benzinsaufende Kraftwagen, eine Landwirtschaft, die auf massiver Verwendung von Chemikalien beruht, diagnostische Apparaturen auf Computerbasis und viele andere hochtechnologische Unternehmen sind antiökologisch, inflationär und ungesund. Obgleich diese Technologien sich oft der letzten Entdeckungen in den Bereichen von Elektronik, Chemie und sonstigen Gebieten der modernen Naturwissenschaft bedienen, ist der Rahmen, innerhalb dessen sie entwickelt und angewandt werden, immer noch ein Teil der kartesischen Auffassung von der Wirklichkeit. Sie müssen durch neue Formen der Technologie ersetzt werden, die auf ökologischen Grundsätzen beruhen und mit dem neuen Wertesystem übereinstimmen.“

Um die alten Technologien zu überwinden, müssen wir politisch die Machtstrukturen überwinden, die sich durch deren Anwendung etabliert haben. Die Energie-Monopole können wir politisch nur überwinden, indem wir sie kennenlernen und von ihrer Herkunft her verstehen.

Einstimmig halten wir
Kraftwerke unter 300 MW
für zu klein...
zu klein...
zu klein...



Deutsche Verbundgesellschaft



Wirtschaftsminister-Konferenz

Kraftwerke unter 300 MW
werden wir
nicht genehmigen...
nicht genehmigen...
nicht genehmigen...

"Entscheidungshilfe"

Der Wald stirbt, das III. Deutsche Reich lebt! Der schleichende Holocaust an Mensch und Natur!

oder
warum die deutsche Stromversorgung entnazifiziert werden muß.

Wird das Braune das Grün verdrängen?

Noch heute wacht der Reichswirtschaftsminister über die Stromversorgung der Bundesrepublik. Die wahre Macht der Starkstrompolitik liegt noch immer in den Händen des „Generalinspektors für Energie“, heute genannt „Deutsche Verbundgesellschaft e.V.“ in Heidelberg. Noch immer wird nach dem Energie-Ermächtigungsgesetz aus der Nazi-Zeit von 1935 der Strom erzeugt und verteilt. Dieses „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ berücksichtigt weder die Gesetzmäßigkeit einer demokratischen Verfassung, noch den Schutz der Menschenrechte, der Natur oder Rohstoffbewahrung. Dieses Paragrafenwerk widerspricht dem Grundgesetz und stört den inneren Frieden. Denn während der Wald stirbt, kündigt sich der totale Atom- und Polizeistaat an.

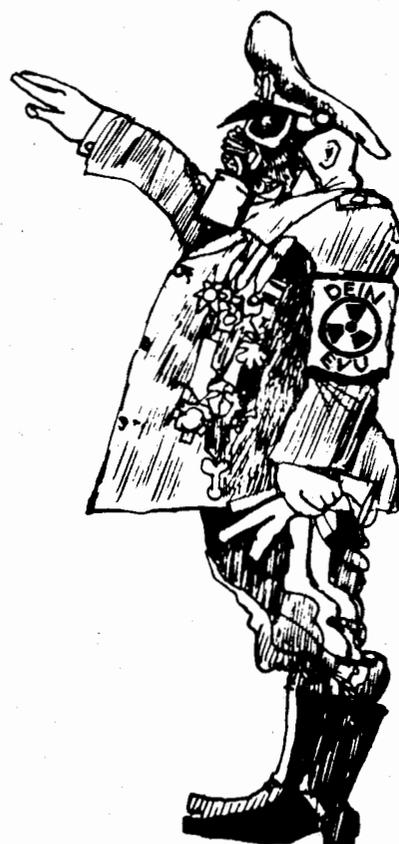
Im Juli 1934 übernahm Hjalmar Schacht die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums. In seiner dreifachen Funktion als Wirtschaftsminister, Reichsbankpräsident und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft nahm er damit die Position von Hitlers Wirtschaftsdiktator ein. Im Jahre 1935 waren die großen Städte elektrifiziert. Der Siegeszug der universellen Energieform Strom hatte die Dampfmaschinen mit ihren unfallträchtigen Wellen und Treibriemen ersetzt. Nur auf dem flachen Land mußte man vielerorts noch auf diese Vorteile verzichten. Deshalb wurden Elektrizitätsversorgungsmonopole geschaffen, damit jedermann „billig“ und „sicher“ mit Strom beliefert werden. Damals schon vereinbarten die Gebietsmonopolisten, sich untereinander keine Konkurrenz zu machen – so ist es noch heute. Zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges mußte die deutsche Wirtschaft Produktionskapazitäten aufbauen, die dann im Krieg eingesetzt werden sollten. Da Deutschland fast keine eigenen Ölquellen hat, mußte aus Kohle Benzin verflüssigt werden. Diese Technik verschlang sehr viel Energie und war international nicht konkurrenzfähig. Doch die Industrie mußte ihre Investitionen durch Warenproduktion und -verkauf im internationalen Wettbewerb verdienen.

Um einen Krieg durchführen zu können, mußte das Reich seiner Industrie einen Ausgleich geben. Hätte man das Geld aus dem Wehretat abgezweigt, wäre das weltweit aufgefallen. Außerdem hätte das deutsche Reich mehr Schulden aufnehmen oder die Steuer drastisch erhöhen müssen. Weil direkte Subventionen nicht infrage kamen, schlossen die Stromversorger mit der Großindustrie – unter dem Schirm des Reichswirtschaftsministers – billige Sonderverträge ab, die manchmal unter den eigenen Stromerzeugungskosten lagen.

So ist es noch heute.

Ebenfalls unverändert: Damals zahlte die Masse der kleinen und mittleren Stromabnehmer mit ihren teuren Gebühren diese Deals zwischen Erzeugern und Großverbrauchern.

Zwölf Rechtsnachfolger hat Reichswirtschaftsminister Schacht heute: Es sind der Bundesminister für Wirtschaft und die 11 Landeswirtschaftsminister. Im Gegensatz zu ihrem Vorgänger haben Schachts Nachfolger nicht mehr viel zu sagen in der deutschen Energiepolitik, denn mitten im Krieg, 1941, erkannte Hitler die immense Bedeutung der diktatorischen Stromversorgung. Er setzte – als ihm direkt unterstellt – den „Generalinspektor für Wasser und Energie“ ein. Der daraus entwickelte Führungsapparat stellte eine eigenartige Mi-



schung von Behörde und wirtschaftlichem Management dar; ein Staat im Staate, der der Kontrolle der allgemeinen Staatsverwaltung weitgehend entzogen war, gleichsam ein Element unmittelbarer Führerregierung. Der Generalinspektor für Wasser und Energie rettete den Energiebereich völlig unbeschadet über die bedingungslose Kapitulation des III. Reiches vom 8. Mai 1945 und betrat in Gestalt der „Deutschen Verbundgesellschaft e.V.“ am 15. November 1948, noch rechtzeitig vor der Gründung der föderativ verfaßten Bundesrepublik wieder das Licht der Öffentlichkeit.

In der Deutschen Verbundgesellschaft sitzen die neun größten Stromerzeuger. Einstimmig beschließen sie die Richtlinien der deutschen Energiepolitik. Sie entscheiden über den Bau neuer Großkraftwerke und Hochspannungstrassen, ob alte Dreckschleudern saniert werden oder nicht (dreistellige Millionenbeträge haben Politiker der Stromindustrie für den Einbau von Filtern bereitgestellt, die Gelder wurden nicht abgerufen). Stattdessen setzt der Generalinspektor für Wasser und Energie auf die Atomkraft. Abgesehen von der ungelösten Atommüllbeseitigung und der zweifelhaften Wirtschaftlichkeit (in den USA ist seit 1978 kein einziges neues Atomkraftwerk mehr bestellt

worden), sorgt der Atomstrom für einen Verdrängungswettbewerb, der den deutschen Wald um so schneller sterben läßt. Denn wenn sich der Atomstrom in der Versorgung der sogenannten Grundlast völlig durchsetzt, wird die bisher eingesetzte, stark schwefelhaltige Braunkohle von der Grundlastversorgung auf den nächsten Platz verdrängt, in die sogenannte Mittellast. Dabei fällt dann die saubere Steinkohle von der Zig-tausende Arbeitsplätze abhängen und die ein wichtiger heimischer Rohstoff ist, heraus, weil sie teurer ist.

Alternative Lösungen, die verfassungsgerecht, menschenfreundlich, naturschonend, arbeitsplatzschaffend und wirtschaftlich sind, werden massiv behindert.

1945 endete der zweite Weltkrieg in einem Waffenstillstand. Der Generalinspektor für Wasser und Energie hatte sich schon wieder konsolidiert, als die Väter der Verfassung noch um Formulierungen rangen. Unverändert wirtschaftet die deutsche Industrie nach den Gesetzmäßigkeiten der kriegsvorbereitenden und -führenden Energieversorgung.

Die Fronten heute bauen sich auf in Verteilungskämpfen um Marktanteile bei Massen- und Wegwerfgütern. Stillschweigend wird dabei unsere Natur zum Wegwerfgut. Flüsse, Seen und Meere werden versaut, der Boden verseucht, die Luft verpestet, es stirbt der Wald.

Welche Macht der Generalinspektor für Wasser und Energie noch heute hat, wird deutlich an der politischen Geschichte von Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Nach seiner triumphalen Wiederwahl 1976 hatte er verkündet, daß er das Energiewirtschaftsgesetz ändern wolle.

Nichts geschah.

Wie eine Riesenkrake haben die Deutsche Verbundgesellschafts-Mitglieder alle möglichen Politiker stillschweigend am Gewinn beteiligt. Und das Geschäft lohnt sich; immerhin setzen die DVG-Mitglieder und ihre Tochterunternehmen soviel um, wie die Bundesrepublik für ihren

Wo war die Stunde Null?		
Kleine Zeittafel des dornenreichen Weges zur demokratischen Energieversorgung		
	Staat/Verwaltung	Koordinierung der Wirtschaft
20. Febr. 1933		Zeugung der totalitären Energiewirtschaft: Nationalsozialisten gewinnen die Großindustrie
23. März 1933	Machtübernahme	
13. Dez. 1935	Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft	
1. Sept. 1939	Beginn des II. Weltkrieges	
3. Sept. 1939		Zentrale Steuerung des Stromnetzes: Reichslastverteiler
19. Juli 1941		Todt wird Generalinspektor für Wasser und Energie
8. Febr. 1942		Die Kälte zieht ein: Speer wird Nachfolger von Todt
8. Mai 1945	Kapitulation	
20. Juni 1948	Währungsreform	
1. Juli 1948	Die Alliierten fordern auf zur Gründung einer föderativ verfaßten Bundesrepublik	
15. Nov. 1948		Die Elektrizitätswirtschaft reorganisiert sich: Gründung der deutschen Verbundgesellschaft
23. Mai 1949	Verkündung des Grundgesetzes	
14. Okt. 1981	Grüne Gesetzesvorlage: ENERGIE-DEZENTRAL-GESETZ	

Wehretat ausgibt, samt 500.000 Soldaten, Tornados, Leopard-Panzern, Fregatten, Kasernen und Raketensystemen.

Bevor nun der kleine Mann mit einem Waldgroschen zur Kasse gebeten wer-

den soll, geht die Forderung an die politischen Kräfte das Energiewirtschaftsgesetz, wenn es schon nicht zu ändern ist, wenigstens zu entnazifizieren!

Die Herren über Krieg und Wirtschaft

- auf dem Boden welcher Verfassung? Die SPD-Gebildeten brauchen die nächsten Zeilen nicht weiter zu lesen. Sie erinnern nur was am Tage der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands passierte. An diesem 23. Mai 1863 hielt in Leipzig vor 600 Arbeitern aus 11 Städten Ferdinand Lassalle seine Rede „Über Verfassungswesen“. Daraus im folgenden einige Zitate

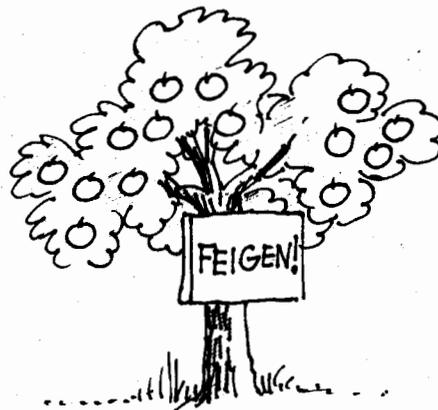
- Unseren Verfassungsschützern gewidmet -:

„Eine Partei,“ sagte Ferdinand Lassalle, „die sich dennoch mit fieberhafter Angst um diesen Fahnenstummel, um unsere durchlöcherter Verfassung schart, eine Partei, die sich daher die „Verfassungstreuen“ nennt und deren Feldgeschrei ist: ‚Laß uns an der Verfassung halten, um Gottes willen die Verfassung, die Verfassung, Hilfe, Rettung, es brennt, es brennt!‘

Meine Herren, so oft sie, gleichviel wo und wann, sehen, daß eine Partei auftritt, welche zu ihrem Feldgeschrei den Angstruf macht 'sich um die Verfassung scharen' - was werden Sie hieraus schließen können? Ich frage Sie, meine Herren, hier nicht als wollende Menschen; ich richte meine Frage nicht an Ihren Willen. Ich frage Sie lediglich als denkende Menschen; was werden Sie aus dieser Erscheinung schließen müssen?

Nun meine Herren, Sie werden sich, ohne Propheten zu sein, in einem solchen Falle immer mit größter Sicherheit sagen können: Diese Verfassung liegt in ihren letzten Zügen; sie ist schon so gut wie tot, einige Jahre noch und sie existiert nicht mehr. Die Gründe sind einfach. Wenn eine geschriebene Verfassung den tatsächlichen im Lande bestehenden Machtverhältnissen entspricht, da wird dieser Schrei nie ausgestoßen werden. Einer solchen Verfassung bleibt jeder von selbst drei Schritte vom Leibe und hütet sich, ihr zu nahe zu treten. Mit einer solchen Verfassung fällt es keinem Menschen ein, anzubinden; er würde andern Falls sehr schlecht wegkommen. Wo die geschriebene Verfassung den

realen tatsächlichen Machtverhältnissen entspricht, da wird die Erscheinung gar nicht vorkommen können, daß eine Partei ihren besonderen Feldruf aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Wo dieser Ruf ausgestoßen wird, ist dies ein sicheres und untrügliches Zeichen, daß er ein Angstruf ist; mit anderen Worten: daß in der geschriebenen Verfassung immer noch etwas ist, was der wirklichen Verfassung, den tatsächlichen Machtverhältnissen, widerspricht. Und wo dieser Widerspruch einmal da ist, da ist der geschriebenen Verfassung - kein Gott und kein Schreien kann ihr helfen - immer unrettbar verloren! . . .



Wenn Sie in Ihrem Garten einen Apfelbaum haben und hängen nun an denselben einen Zettel, auf den Sie schreiben: dies ist ein Feigenbaum, ist denn dadurch der Baum zum Feigenbaum geworden? Nein, und wenn Sie Ihr ganzes Hausgesinde, ja alle Einwohner des Landes herum versammeln und laut und feierlich beschwören ließen: da wird sich's zeigen, da wird er Apfel tragen und keine Feigen.

Ebenso wie wir gesehen haben mit der Verfassung. Was auf das Blatt Papier geschrieben wird, ist ganz gleichgültig, wenn es der realen Lage der Dinge, den tatsächlichen Machtverhältnissen widerspricht . . .

Mit derselben Notwendigkeit, die im Gesetze der Schwerkraft liegt, mußte daher die wirkliche Verfassung es

Schritt für Schritt über die geschriebene Verfassung durchsetzen . . .

Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den realen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind - das sind die Grundsätze, die Sie festhalten wollen.“

Ferdinand Lassalle hatte diese Grundsätze an diesem denkwürdigen Mai-Tag vor hundertzwanzig Jahren nur in besonderer Beleuchtung der Heeresmacht entwickelt, „einmal“, wie Lassalle sagte, „weil die Kürze der Zeit nicht mehr erlaubte, zweitens, weil das Heer das entscheidendste und wichtigste aller organisierten Machtmittel ist . . . Das Heer, ist organisiert, ist in jeder Stunde beisammen, ist trefflich diszipliniert und in jedem Augenblick bereit, auszurücken; die in der Nation ruhende Macht dagegen, meine Herren, wenn sie auch in Wirklichkeit eine unendliche größere ist, ist nicht organisiert . . .“ Und drittens, weil es damals noch nicht einmal in Ansätzen eine starkstropolitische Macht solcher gewaltigen Schlagkraft mit so ungeheuren, unsichtbaren Sklavenarmeen im Kupferdraht in diesem unseren Lande gab. Diese heute herrschende starkstropolitische Macht in unserem Lande ist weder demokratisch legitimiert noch strukturiert und deshalb ist das in Lassalles Vortrag angeführte Beispiel so informativ:

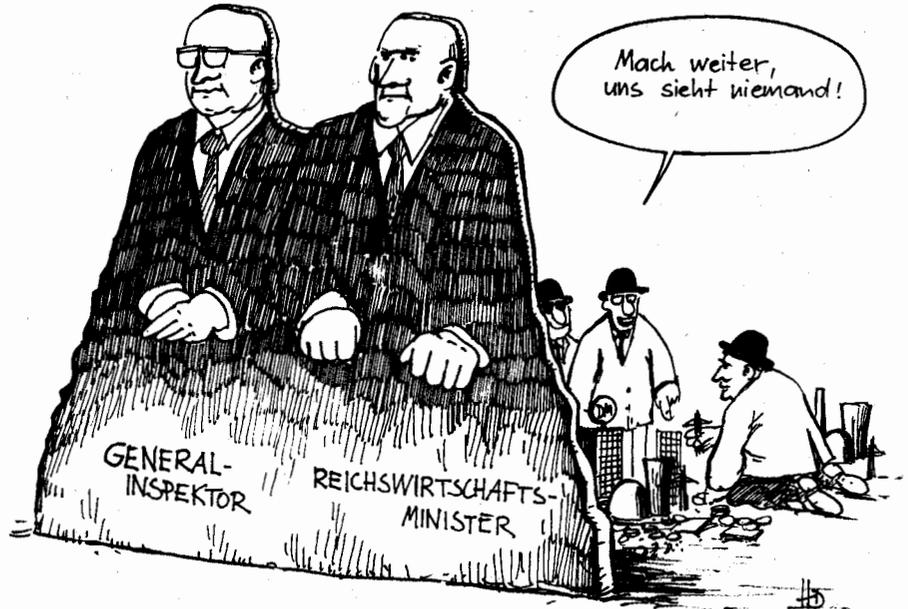
„Und will man nun weiter, daß der König für sich allein eben so viel und noch weit mehr politische Macht haben soll, als alle drei Wählerklassen, als die gesamte Nation und die adligen Grundbesitzer noch dazu genommen, so macht man das so: Man setzt in den Artikel 47 der Verfassung: ‚Der König besetzt alle Stelle im Heer‘, und in dem Artikel 108 der Verfassung sagt man: ‚Einen Verteidigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt‘. Und diesem Artikel stellt man die Theorie zur Seite, die in

der Tat in ihm einen prinzipiellen Boden hat, die Theorie nämlich, daß der König zu dem Heer eine ganz andere Stellung habe, als zu jeder anderen Staatsinstitution, daß er in Bezug auf das Heer nicht nur König, sondern auch noch etwas ganz anderes, ganz Besonderes, Geheimnisvolles und Unbekanntes sei, wofür man das Wort ‚Kriegsherr‘ erfindet, und daß in Folge dessen das Abgeordnetenhaus oder die Nation sich um das Heer gar nicht zu kümmern, und in dessen Angelegenheiten und Organisation nicht hinein zu sprechen, sondern nur die Gelder für dasselbe zu votieren habe.“

Damals hieß der Verfassungsbetrug „Kriegsherr“, heute heißt der Betrug an der Verfassung: „Reichswirtschaftsminister“.

Für die nicht der Verfassung verpflichtete Macht im Staate stand vor hundertzwanzig Jahren das besondere, geheimnisvolle, und unbekanntete Wort „Kriegsherr“.

Für die nicht der Verfassung verpflichtete Macht im Staate stehen heute - 38 Jahre nach dem unseligen II. Weltkrieg - die längst abgesetzt und verurteilt geglaubten Repräsentanten des III. Deutschen Reiches: Der „Generalinspekteur für Wasser und Energie“ und der „Reichswirtschaftsminister“. Diese beiden Kriegsverbrecher haben heute immer noch strukturell das Sagen. Sie stehen heute noch - zehn Jahre nach dem Beginn der eindrucksvollen Energiekrise - als aufsichtsführende und kommandogebende strukturelle Gewalt, im immer noch gültigen Energie-Ermächtigungs-Gesetz vom 13. Dezember 1935, das schamhaft „Energiewirtschaftsgesetz“ genannt wird, aber in Wirklichkeit „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ heißt. Lediglich in eineinhalb von 15 Paragraphen konnte unsere Verfassungsstruktur einziehen. Wenn die Zukunft sich genauso schnell weiterentwickelt, brauchen wir weitere 300 Jahre bis unsere Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland ganz in das alte Nazi-Gesetz eingezogen ist.



Energie ist Macht

„Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Macht beruht.“ (Max Weber)

Carl Friedrich von Weizsäcker glaubt, daß - hinreichen abstrakt verstanden - Masse, Energie, Information und Macht in der Tat wesensgleich sind. Das erklärt er so:

„Der Mensch ist ein Lebewesen. Jedes Lebewesen ist ein Körper. Jeder Körper ist an einem Ort. Einen Ort wenigstens braucht der Mensch.

Leben ist ein Prozeß. Zu diesem Prozeß gehört mindestens Stoffwechsel, also Nahrung (Energie). Die höheren Tiere gewinnen ihre Nahrung, indem sie sich im Raum bewegen. Auch der Mensch muß sich bewegen. Seine Bewegungen, als sinnvoll koordiniert betrachtet, nennen wir Handlungen. Sein Ort ist nicht nur der jeweilige Platz des Aufenthalts; er ist der notwendige Raum seiner Handlungen . . .

Ich glaube, der Verzicht auf eigenen Grund ist vom Menschen nur zu leisten, wenn er eine andere Heimat, einen fraglosen Ort in der Gesellschaft oder eine geistige Existenz hat.

Die zweite Art des Besitzes, des Besitz an beweglichen Gegenständen, hat bei den Tieren nur geringfügige Vorläufer. Er hängt mit der Fähigkeit planvollen Handelns zusammen. Das erste gegenständliche Eigentum ist Mittel zu Zwecken: Nahrungsvorrat, Werkzeuge, Waffen. Was sich hier konstituiert, ist nicht wohnen, also Dasein, sondern Können. Können ist Können-wenn-man will, also insofern Macht . . .“

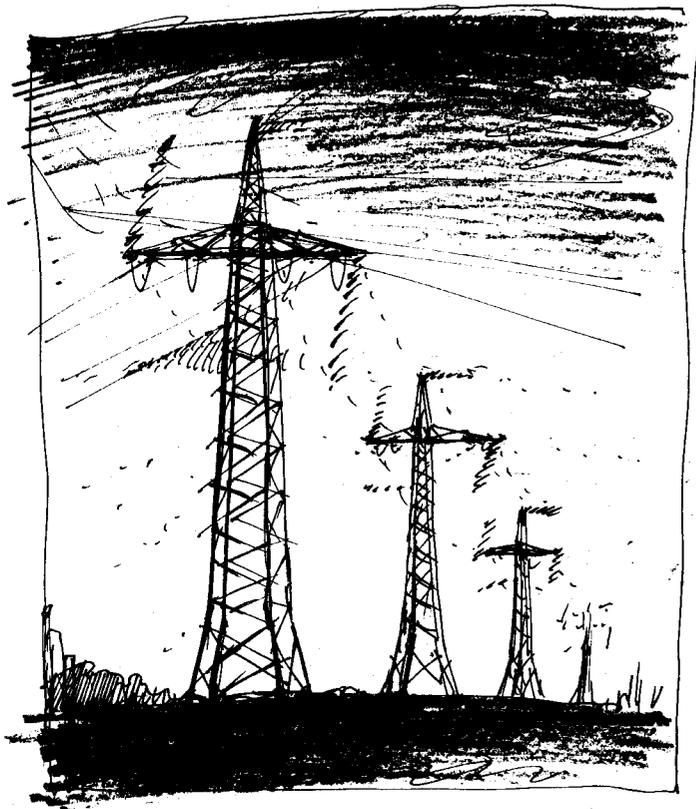
Das ist das tatsächliche Grundgesetz der Deutschen Wirtschaft. Denn die Energie-Struktur-Politik bestimmt wesentlich die Wirtschafts-Struktur-Politik und nicht nur diese!

Das führt unsere Republik zwangsläufig in den Atomstaat, in den totalen Überwachungs- und Polizeistaat! Das erzeugt immer mehr Arbeitslose, ist eine der wichtigsten Grundlagen für

schlimmste soziale Ungerechtigkeiten! Das zerstört rasch unsere Umwelt: z.B. saurer Regen, tote Seen und Flüsse, sterbendes Grundwasser, sterbende Wälder, krebserkrankte Babys! Das bringt uns – für alle unfassbar – unwiderbringlich um unsere Lebensgrundlagen und um die der lebenden Mitschöpfung, der phantastischen Natur!

Wie ist das zu verstehen? Wie kam es dazu? Warum ist das heute noch so?

Der 8. Mai 1945 war nicht die Stunde ‚Null‘. Schon vor der Verkündung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 gab es irgendwelche tatsächlichen Machtverhältnisse, hatte unser Land eine wirkliche Verfassung oder Konstitution, wie jeder Körper irgend eine Konstitution, eine gute oder schlechte, eine so oder so beschaffene hat. Um die Hauptvoraussetzungen für die unerhörten Energie-Entfesselungen und damit Umwelt- und Selbstzerstörungsstrukturen zu entdecken, müssen wir uns vor allem mit der Geschichte der inneren Verfassung des Nationalsozialismus beschäftigen. Erst dann können wir die strukturelle Herrschaft der Nazis, die bis zur Stunde – 38 Jahre nach Kriegsende – immer noch, aber in ihrer Dimension bis ins Gigantische vervielfacht weiterwirkt, erkennen. Erst jetzt, ein halbes Jahrhundert nach der Machtergreifung, wird es langsam möglich diesen Bereich zu enttabuisieren. Erst wenn wir das Heiligste des Nationalsozialismus sprachlich aufdecken und durchleuchten, können wir tatsächlich die Mechanismen der Lebenszerstörung ausschalten und unschädlich machen. 38 Jahre nach Kriegsende haben wir schon verloren. Die gequälte, todkranke Natur bedeutet uns eindringlich: Wir haben nicht viel Zeit zu verlieren. Angesichts der gigantischen Machtverhältnisse gegen uns, müssen wir viel Mut, Wehrhaftigkeit und Intelligenz aufbringen... aber sonst werden wir alle nicht überleben. Denn der Geist von einst ist heute noch politisch stark lebendig.



Deutschland in den dreißiger Jahren

Bertolt Brecht:

„Und jetzt nimm Deutschland! Es ist bankrott. Eine kolossale Industrie und kein Markt und kein Rohstoff! Die letzte Chance: die Weltherrschaft! Betrachtet die Chose einmal von diesem Gesichtspunkt aus! . . .

Aber wegen einem Markt kann man nicht Krieg machen, das wäre leichtfertig, man muß ihn machen, weil man eine Herrenrasse ist . . . Ohne starke Polizei und ständige Aufsicht können Sie aus keinem Volk eine Herrenrasse machen. Es fällt ihnen immer wieder zurück. Glücklicherweise ist der Staat in der Lage, da einigen Druck auszuüben. Er braucht den Leuten z.B. nicht unbedingt etwas zum Fressen zu geben, eine in die Fresse genügt mitunter auch. Die Weltheroberung beginnt mit dem Opfersinn, sie steht und fällt damit. Die einzigen Geschöpfe, die keinen Opfersinn kennen, sind Tanks, Stukas und überhaupt Motoren. Sie allein sind unwillig, Hunger oder Durst zu ertragen, und verschließen sich da allen vernünftigen Argumenten. Keinerlei Propaganda vermag sie dazu zu bewegen, zu arbeiten, ohne gespeist zu werden. Kein Versprechen einer paradiesischen Zukunft mit ganzen Meeren von Benzin kann sie zum Weiterkämpfen ohne Benzin bringen. Der Schrei, das Land sei verloren ohne ihr Durchhalten, verklingt ungehört von ihnen. Was hülfte es, sie an eine ruhmvolle Vergangenheit zu erinnern? Sie haben keinen Glauben an den Führer und keine Furcht vor seiner Polizei. Ihren Streik kann keine SS brechen, und sie streiken sofort, wenn das Futter ausbleibt. Aus Freude allein gewinnen sie keine Kraft. Immerfort müssen sie geschmiert werden, das ganze Volk muß sich Extraentbehrungen auferlegen, damit es ihnen niemals an etwas gebricht. Werden sie vernachlässigt, dann zeigen sie zwar keinen Zorn, aber auch kein Verständnis, sondern einfach Rost. Diesen Geschöpfen fällt es am leichtesten im Land, ihre Würde zu bewahren.“

Staatsrat Carlo Schmid in seinem Vortrag am 10. Februar 1946 in Reutlingen anlässlich der Gründung der SPD in Südwürttemberg:

„In einem wollen wir kategorisch sein: Wir wollen in Deutschland keinen Krieg mehr führen, und wir wollen darum auch keine Vorbereitungen treffen, die das Kriegführen ermöglichen könnten, weder im politischen noch im wirtschaftlichen

Wir werden keinen Minister Hjalmar Schacht mehr dulden! Wir werden da heute besser aufpassen und politischer handeln als unsere Väter es im Glauben an die eingeborene Vernunft des Deutschen Volkes taten. Wir wollen nicht umsonst Lehrgeld bezahlen haben . . .“ (siehe auch „Politik als geistige Aufgabe“, Scherz-Verlag 1973)

Zeugung der totalitären Energiewirtschaft

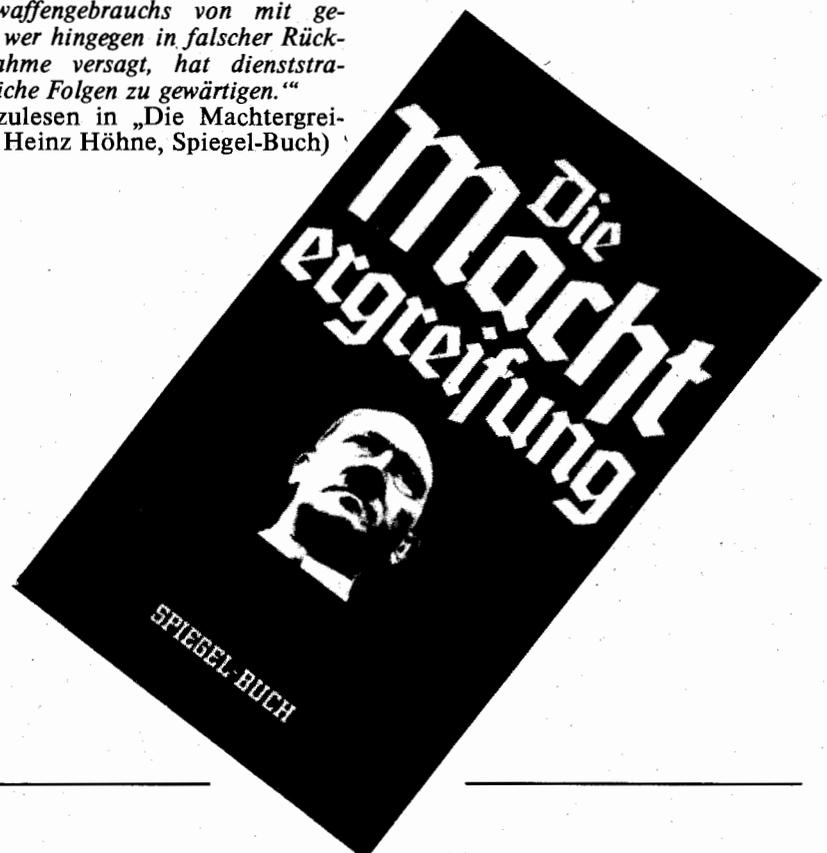
„Am 20. Februar 1933 empfing Göring, eifrig assistiert von dem ehemaligen Reichspräsidenten Hjalmar Schacht, an seinem Dienstsitz im Reichstag 25 führende Industrielle, die gebeten worden waren, mit den Männern der neuen Reichsregierung die politische Lage zu erörtern. Hitler hielt dabei eine Rede, die zumindest Schacht als ‚derart maßvoll in Erinnerung blieb . . .‘

Dann sprach Göring, wie immer, mit derber Offenheit. Die NSDAP, so erklärte er den Managern, habe ja im gerade begonnenen Wahlkampf ‚die meiste Arbeit zu leisten‘, und da sei es wohl nur recht, ‚daß andere nicht im politischen Kampf stehende Kreise wenigstens die nun mal erforderlichen finanziellen Opfer bringen müßten‘. Ein solches Opfer würde der Industrie um so ‚leichter fallen, wenn sie wüßte, daß die Wahl am 5. März die letzte sicherlich innerhalb von zehn Jahren, voraussichtlich aber in hundert Jahren sei‘, wie eine erhaltene Niederschrift der Göring-Rede festhält. Die Herren der Industrie hatten verstanden. Ihr Wortführer, Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, bisher auf Distanz zu Hitler und der Mann, der Grauert wegen seiner NS-Spende sofort hatte hinauswerfen wollen, dankte für Hitlers Rede und freute sich schon auf den ‚politisch starken, unabhängigen Staat‘, in dem endlich wieder Wirtschaft und Gewerbe blühen könnten. Kaum hatten die beiden nationalsozialistischen Führer den Raum verlassen, da ertönte Schachts fröhlich-burschikoses ‚Und nun, meine Herren, an die Kasse!‘ Die Industriellen zeichneten hohe Geldbeträge für Schachts Wahlkasse, rasch hatte der Finanzmann drei Millionen Mark zusammen – auch die deutsche Schwerindustrie hatte endgültig Kurs auf Hitler genommen.

Die Industriegelder schmierten einen Wahlkampfapparat, wie ihn selbst die Nazis noch nicht gesehen hatten. Göring übernahm auch hier die Führung in

Preußen: Mit einer raffinierten Mischung aus Propaganda und Terror, aus politischer Aggressivität und staatlicher Repression setzte er die gegnerischen Parteien unter Druck und suchte Wähler davon abzuschrecken, sich für ihre angestammten Parteien zu engagieren. Zahlreiche Erlässe und Instruktionen Görings gaben Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zu verstehen, daß nur die ‚nationalen‘ Parteien zu unterstützen seien. In einem Erlaß vom 17. Februar 1933 wies Göring alle Polizeibehörden an, dem ‚Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten‘, notfalls mit der Schußwaffe: ‚Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.‘

(Nachzulesen in „Die Machtergreifung“, Heinz Höhne, Spiegel-Buch)



Auf dem Weg zum Energie-Ermächtigungs-Gesetz

– noch heute *das* Grundgesetz unserer Wirtschaft –

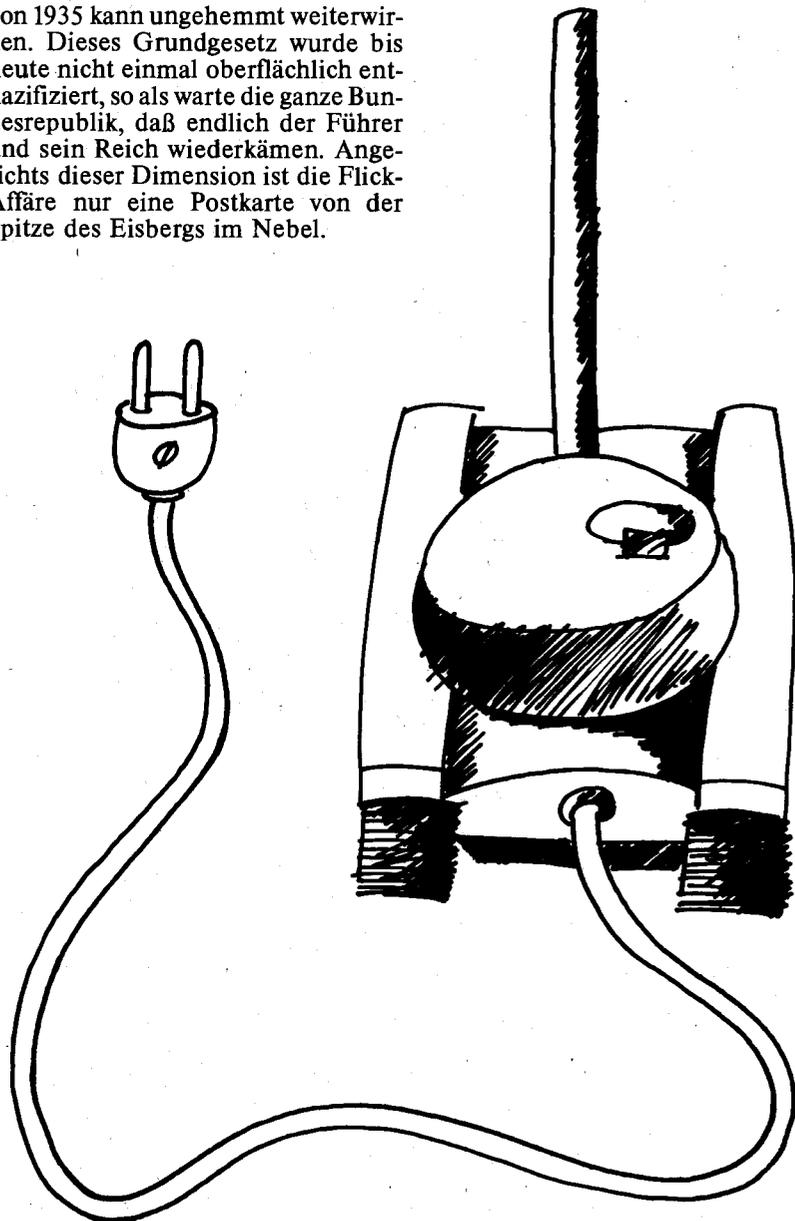
Das Heereswaffenamt hatte schon im Jahre 1930 die Forderung erhoben, daß die heimische wehrwirtschaftliche Rohstoffproduktion von Treibstoff, Gummi, Erz und vieles mehr verstärkt auszubauen sei. Deshalb sah die Reichswehr, nach der Machtübernahme von Hitler, die Zeit gekommen, den Staatsdirigismus erheblich weiter auszudehnen, um eine stärker wehrwirtschaftliche Orientierung der gesamten Volkswirtschaft unter einem eng mit dem Reichswehrminister kooperierenden ‚Wirtschaftsdiktator‘ durchzusetzen. *„Tatsächlich war es nicht zuletzt auf den Einfluß des Reichswehrministeriums zurückzuführen, daß im Juli 1934 die Leitung des Reichswirtschaftsministeriums von Schmitt auf Schacht überging, der in seiner dreifachen Eigenschaft als Reichsbankpräsident, Reichswirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft tatsächlich die Position eines Wirtschaftsdiktators einnahm und sich – mehr als Schmitt – auch gegenüber der Partei durchzusetzen wußte.“* (3/223)

Dr. Hjalmar Schacht war der renommierteste Finanzmann der Weimarer Republik. Dieser legendenumwobenen wie unberechenbare Reichsbankpräsident, war für viele Deutsche ein Zauberer, zumindest hielten sie ihn für den Schöpfer der neuen Reichsmark von 1923. (5/62)

Er wurde immer mehr zum Finanzmagier des Führers Adolf Hitler. Der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht hatte Hitler den Groß-Industriellen empfohlen, bei der Machtübernahme durch erhebliche Geldspenden der Schwerindustrie geholfen.

Schachts neue Reichsmark von 1923 wurde am 20. Juni 1948 abgewertet, er selbst konnte in Nürnberg sich gut verteidigen, doch sein „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“

von 1935 kann ungehemmt weiterwirken. Dieses Grundgesetz wurde bis heute nicht einmal oberflächlich entnazifiziert, so als warte die ganze Bundesrepublik, daß endlich der Führer und sein Reich wiederkämen. Angesichts dieser Dimension ist die Flick-Affäre nur eine Postkarte von der Spitze des Eisbergs im Nebel.



Der ‚Zauber‘ des Dr. Schacht

Problem:

Zur Vorbereitung des II. Weltkrieges mußte die deutsche Wirtschaft in den Stand versetzt werden schon zu Friedenszeiten Produktionskapazitäten aufzubauen, die dann im Krieg eingesetzt werden sollten. Das Reich sollte autark werden mittels eigener Rohstoffe, die wie zum Beispiel das Salzgittererz viel zu minderwertig sind. Da Deutschland fast keine eigenen Ölquellen hat, mußte aus Kohle Benzin verflüssigt werden. Das braucht viel mehr Arbeit (sprich Energie) und war international nicht konkurrenzfähig. Doch die Industrie muß jede Investition von Fabrikanlagen durch Warenproduktion und -verkauf im internationalen Wettbewerb verdienen. Deshalb mußte das Reich, um einen Krieg mit einer gewissen Erfolgchance durchführen zu können, der heimischen kriegswichtigen Industrie einen Ausgleich geben. Hätte man viel Geld aus dem Wehretat für solche Zwecke abgezweigt, wäre das weltweit aufgefallen. Außerdem hätte das Deutsche Reich Schulden machen oder die Steuern drastisch erhöhen müssen.

Da sah Dr. Schacht sofort eine phantastische Möglichkeit. Schon viele Jahre früher hatte er sich mit den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und speziellen Eigenschaften der elektrischen Energieversorgung beschäftigt.

Situation:

Im Jahre 1935 waren die großen Städte bereits alle elektrifiziert. Der Siegeszug dieser universellen Energie hatte die Dampfmaschinen und die gefährlichen Wellen und Treibriemen in den Fabriken ersetzt durch elektrische Leitungen und Motoren. Nur auf dem ‚flachen Land‘ mußte man vielerorts noch auf diese enormen Vorteile verzichten. Deshalb wurden Elektrizitäts-Versorgungs-Monopol-Gebiete geschaffen, damit jedermann billig und sicher mit der elektrischen Energie beliefert werde. Elektrischer Strom ist eine Energieform, die sich nicht stapeln läßt wie Holz, Kohle oder Öl. Strom ist ‚hochverderblich‘ und deshalb zum alsbaldigen Verbrauch bestimmt. Das bedeutet aber auch, daß zu jedem Zeitpunkt so viel elektrischer Strom erzeugt werden muß, wie im selben Augenblick verbraucht wird. Da aber technische Anlagen auch mal gewartet werden müssen oder plötzlich wegen technischer Störungen ausfallen, kann eine zuverlässige Stromlieferung nur aus stark überdimensionierten Erzeugungskapazitäten erfolgen; es sei denn, eine Überlandtransportleitung kann sofort



Die Städte waren alle elektrifiziert.
Auf'm Land hat sich's noch nicht rentiert.

bei Ausfall des örtlichen Kraftwerkes die benötigte Energie von einem entfernten Kraftwerk heranziehen. Sonst gehen die Lichter aus, oder werden zumindest dunkler.

Für den, der durchschaut, wie ‚gezaubert‘ wird, ist es ganz einfach

Durch die Elektrifizierung des ganzen Landes wurden auch die Städte untereinander mit Hochspannungs-Überlandleitungen verbunden. Dadurch wurde der Bedarf an Reservekapazitäten in jeder einzelnen Stadt für Störfälle und Belastungsspitzen viel geringer. Wir kennen das vom Prinzip der Feuerversicherung. Es wird ja nicht überall gleichzeitig brennen; der Schaden wird auf alle verteilt. Durch die Zusammenschaltung der örtlichen Inselnetze zu einem großen Verbundnetz wurde der Bedarf für Reservekraftwerksleistungen erheblich geringer. Damit hätte auch der Strompreis für jeden einzelnen Haushalt und Gewerbebetrieb erheblich innerhalb weniger Jahre sinken können. Denn als die Energie noch billig war (vor der 1. Energiekrise 1973 kostete Heizöl 8 Pfennige pro Liter) waren es vor allem die festen Kosten (Zinsen, Amortisation, Lohnkosten) für die Anlageinvestitionen (Kraftwerke und Verteilnetze), die den Strompreis bestimmten. Doch anstatt den Strompreis zu senken für Dr. Lieschen Müller und Herrn Jedermann, blieb der Strom so teuer wie er war; jedoch für die kriegswichtigen Industrie-Großkonzerne (die großen Stromverbräter) wurde der Strompreis drastisch heruntersetzt. Das war natürlich geheim und ist es bis heute geblieben. Nur der ‚Reichswirtschaftsminister‘ und der ‚Generalinspektor für Wasser und Energie‘ haben ein Recht das zu erfahren oder gar die Verhältnisse zu ändern.

Das ganze ist wie in einem Kasperle-Theater: Der ‚Reichswirtschaftsminister‘ und der ‚Generalinspektor für Wasser und Energie‘ – „die gibt es doch gar nicht, das weiß doch jedes Kind –; dahinter verbergen sich die wahren Machthaber im Staate. Dieses gigantische, lautlose und fast mühelose Geschäft der wenigen Eingeweihten könnte durch Außenseiter gestört werden. Deshalb lassen sich die für unser zukünftiges Leben so wichtigen neuen Energietechnologien nicht durchsetzen, obgleich sie generell umweltfreundlicher, kostengünstiger, menschenwürdiger und rohstoffsparender sind.

Aus diesem Grund werden die heimischen, unerschöpflichen Energiequellen fast nicht genutzt. Die Umweltbelastung und die Kosten durch die unverantwortliche Behandlung unserer Abfallstoffe steigen rasch überproportional an.

Der Finanzmagier des Führers Adolf Hitler, Dr. Hjalmar Schacht ist tot. Aber sein Finanzierungsmechanismus für die ewig Gestrigen wird weiterhin kräftig geschmiert. Schon deshalb – weil nur wenige wissen wie das geht – sind die Herren Friedrichs und Graf Lambsdorf für das System unentbehrlich...

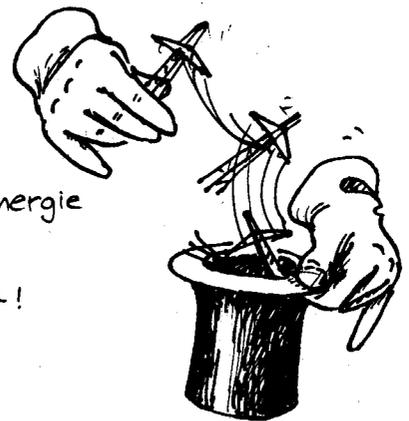
Es sei denn, wir fordern alle immer lauter:

Der ‚Reichswirtschaftsminister‘ und der ‚Generalinspektor für Wasser und Energie‘ müssen aus dem ‚Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft‘ abgesetzt und verhaftet werden... und sie müssen auf die Anklagebank.

Erst dann kann unsere Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 in dieses Gesetz einziehen, ist das naturzerstörende und menschenverachtende Theater mit massivem wirtschaftlichem Hintergrund ausgespielt.

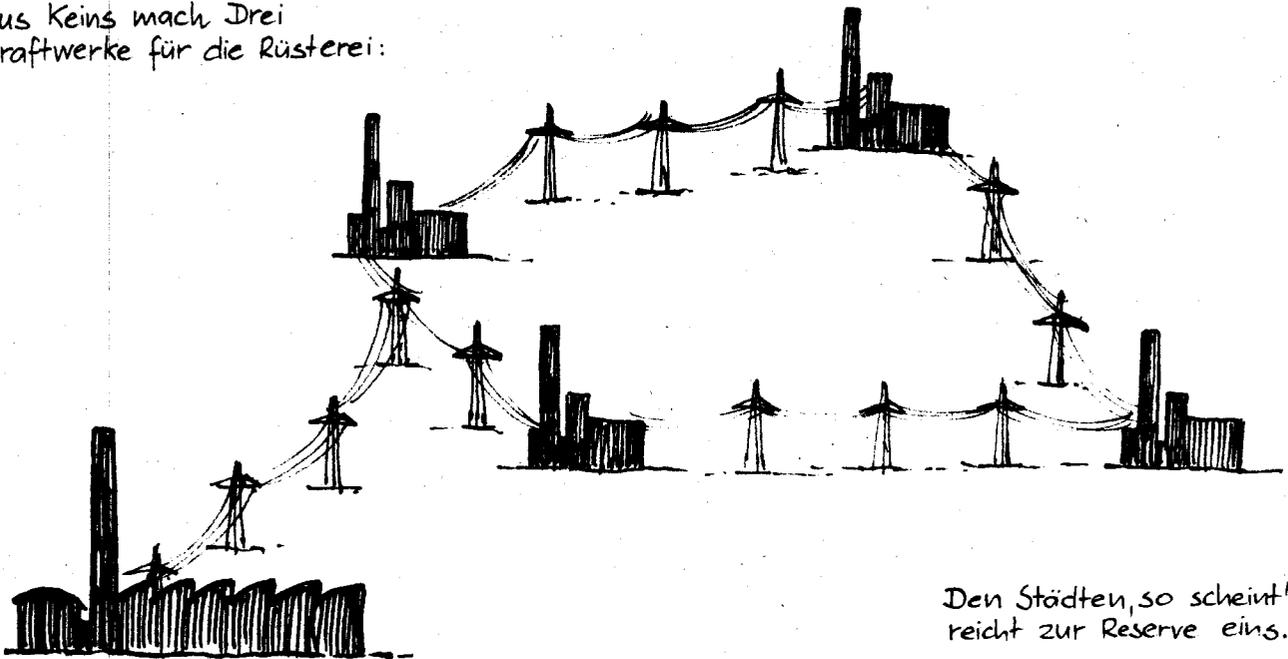


Falls was kaputt ging,
brauchten die Leut'
Reservekraftwerke
- zur Sicherheit.



Das III. Reich braucht elektrische Energie
für die Rüstungsindustrie.
Die Zauberei gelang Schacht gut:
er zog das Stromnetz aus dem Hut!

Aus Keins mach Drei
Kraftwerke für die Rüsterei:



Den Städten, so scheint's,
reicht zur Reserve eins.

Rüstungsindustrie

Dies ist kein Märchen, liebe Leut',
dies ist noch heute Wirklichkeit.
Wir schaffen nicht nur für Rüstung und Krieg.
Immer mehr produzieren und wegschmeißen...
... ist heute noch Sieg!

Einfach zahlen . . .

Immer so weiter wie gehabt, groß, zentral, mächtig. Dafür sollen wir alle sparen. Wenn es an das wirkliche Energiesparen geht, dann sieht es ganz anders aus. Zitat aus einer sehr lesenswerten Untersuchung des Instituts für Energiewirtschaft der Universität Köln zum Thema „Marketingstrategien in der Elektrizitätswirtschaft“:

wörtlich: „Das Problem der Stromrechnung hat besonders für die Haushalte Bedeutung. Die Erstellung einer klar aufgeschlüsselten Rechnung ist selbstverständlich. Von besonderer Wichtigkeit sind jedoch die Zahlungsweise und der Abrechnungszeitraum, die Einfluß auf die Einstellung des Kunden zum Strompreis nehmen können. Es besteht einmal die Möglichkeit, Strom als Ware monatlich mit dem Einkommensrhythmus der Kunden abzurechnen. Diese Zahlungsweise kann sich nachteilig auf den Stromabsatz auswirken, da der Kunde einen Vergleich mit dem Verbrauch des Vormonats anstellen kann und höheren Verbrauch eventuell durch Einsparungen im folgenden Monat auszugleichen versucht. Wird der Abrechnungszeitraum weiter ausgedehnt, etwa auf zwei oder drei Monate, so sind negative Folgen durch Engpässe in der Haushaltskasse des Kunden zu erwarten. Die Vorstellung, Strom sei teuer, deren Abbau Teilziel der Preispolitik sein muß, wird eher verstärkt, indem der „teure Strom“ für den Finanzengpaß verantwortlich gemacht wird. Ein weitaus besseres Abrechnungsverfahren wird dagegen bereits von vielen EVU angewendet. Dabei ist man der Überlegung gefolgt, elektrische Energie als Dienstleistung abzurechnen, d.h. der Strompreis erlangt gegenüber der Hilfe und Bequemlichkeit, die Strom bietet, sekundäre Bedeutung. Entsprechend wird monatlich oder in größeren Abständen ein fester Betrag vom Kunden eingezahlt. Einmal pro Jahr werden die Zähler abgelesen und die Konten ausgeglichen. Hier ergeben sich Vorteile für das EVU. Der monatlich Strompreisvergleich mit

„Ein Gesetz, das das Verhalten der Energie beschreibt, ist zwangsläufig von großer allgemeiner Bedeutung. Als Bismarck 1871 das Hohenzollernimperium schuf, trat das neue Reich verspätet in den Kreis der Großmächte. Kolonien, wie sie das Reich nun besaß, brachten außer Prestige und Schwierigkeiten wenig ein, und das Vaterland selbst war ungewöhnlich arm an Bodenschätzen, Kohle ausgenommen. Insbesondere fehlten Nitrate, da Stickstoff in Form chemischer Verbindungen ein wichtiger Grundstoff für Düngemittel im Frieden und für Sprengstoffe im Krieg ist. Das neue Reich hatte ihn für beide Zwecke nötig.“ (aus ‚Die Suche nach dem absoluten Nullpunkt‘, Kurt Mendelssohn, Kindlers Universitätsbibliothek)

seinen möglichen negativen Auswirkungen entfällt. Die Höhe des Pauschalbetrages ist bekannt und wird, weil man sich darauf einstellen kann, akzeptiert. Der Möglichkeit, daß ein Kunde am Ende seines Abrechnungszeitraumes einen Nachschlag tätigen muß und somit das Preisproblem wieder aktualisiert würde, kann das EVU dadurch entgegenwirken, indem es den Pauschalbetrag so ansetzt, daß dem Kunden noch ein kleiner Betrag zurückerstattet werden kann. Der Erstattungsbetrag darf jedoch nicht so hoch sein, daß der Eindruck entsteht, die EVU würden überhöhte Pauschalbeträge verlangen. Eine zeitgemäße Stromabrechnung kann dem Vorurteil, Strom sei teuer, entgegenwirken und durch Hervorhebung des Dienstleistungsaspektes den Absatz elektrischer Energie positiv beeinflussen. Dabei hängt es nicht zuletzt von der Sozialstruktur des Versorgungsgebietes und vom geschickten Mitteleinsatz des Marketing ab, den richtigen Abrechnungsmodus zu finden.“
Soweit das Institut für Energiewirtschaft der Universität Köln, das außerdem die Energiekenndaten für die Bundesregierung fortschreibt, weil die Bundesregierung selbst dazu keine Fähigkeiten hat. Wie sich das mit dem Verteilen der Plastikaufkleber „Ich bin ein Energiesparer“ verträgt? Offensichtlich sehr gut, denn alle arbeiten nach dem am 13. Dezember 1935 in Kraft getretenen „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“.





Sicher und wirtschaftlich

Es wird immer davon gesprochen, daß der Strom von den EVU's sicher und preiswert bereitgestellt wird. Was verstehen wir und diese Betriebe unter sicher und wirtschaftlich?

Wenn es draußen schneit und stürmt, die elektrischen Fernleitungen abgerissen sind und wir im Fernseher in der Tagesschau von Streik, Terrorismus und unmittelbaren Kriegsgeschehen hören und sehen und wir trotzdem uns Strom und Wärme leisten können, das ist für uns Verbraucher „sicher und wirtschaftlich“ - oder?

Was aber ist sicher für eine zentralistische Institution? Lassen Sie mich das mit einem Beispiel erklären: Die Kinder sind im Badezimmer, haben von innen abgeschlossen, bewerfen sich mit Schwämmen, Handtüchern und Seife und spritzen sich naß. Ein Mordsvergnügen. Draußen vor der Tür stehen klopfend die besorgten Eltern: Aufmachen! Aufhören! Die Kinder hören natürlich nicht. Bis schließlich Vater in den Keller geht und die Sicherung herausdreht. Jetzt wird es im Badezimmer kalt und dunkel und der Spaß hat ein Ende. Die Kinder kommen heraus.

Was ist wirtschaftlich für eine zentralistische Institution? Lassen Sie mich das mal an einem Beispiel erklären: Das Geld wird immer knapper und die Leute können es sich nicht mehr leisten immer auswärts essen zu gehen. Da kommt jemand wie ich und tröstet die Leute und sagt: ‚Kein Problem, zu Hause kochen ist viel geselliger, gesünder und billiger. Man bekommt das zu essen, was man möchte. Eigener Herd ist Goldes wert.‘ Da ist es doch verständlich, wenn der Wirt an der Ecke die Polizei anruft und sich über mich beschwert. Er warnt die Polizei und sagt, was der Jochimsen empfiehlt ist nicht wirtschaftlich, rechnet sich für ihn nicht. In Zukunft kann er seine Mitarbeiter nicht mehr bezahlen, keine Sozialabgaben, Gewerbesteuer, Mehrwertsteuer und Zinsen.

So kontrovers können die selben Worte sein, wenn man sie nur vom verschiedenen Standpunkt aus betrachtet, und mal nicht so tut, als seien die Begriffe in der Bedeutung für alle gleich, könnten gesetzlich verordnet werden.

Dies sind Selbstverständlichkeiten des Jahres 1941. Um so seltsamer mutet es uns heute an, daß noch vor einem Jahrzehnt das Deutsche Reich die energiewirtschaftliche Armee tun und machen ließ, was sie wollte . . . Aber auch der Begriff „Staat“ hat sich restlos gewandelt . . . Es liegt in der Natur der Dinge, daß auch in früheren Jahrhunderten aktive und volksverbundene Staaten die Energiewirtschaftslenkung und -beaufsichtigung für sich in Anspruch nahmen. Allerdings waren je nach der Nation und dem Zeitalter die energiewirtschaftlichen Mittel grundverschieden. Aber die Technik und die Art der Energieversorgung mögen sich geändert haben, kaum aber die Menschen selbst. Daher sind die Lehren, die sich aus solchen Maßnahmen anderer Völker und Jahrhunderte ergeben, auch für unsere Gegenwart gültig . . .

Solange die Vervielfachung der Arbeitskraft durch Unterordnung fremder Arbeitskräfte, d.h. durch sogenannte Sklavenwirtschaft, erreicht wurde, war es Sache des Staates, sich um die Heranschaffung und Erhaltung der für die Gesamtheit erforderlichen Sklavenzahl zu kümmern. Auf diesen Dingen baute sich in den antiken Staaten das gesamte Wirtschaftsleben auf.

Im Römischen Reich hatte die Versorgung mit Sklaven drei Hauptquellen: Es waren erstens Kriegsgefangene, die die Armeen des Reiches machten, zweitens Sklaven, die durch den organisierten Sklavenhandel aus den verschiedensten Provinzen des Reichs nach den Verbrauchszentren geliefert wurden, und drittens solche, die als Sklaven von Sklaveneltern erzeugt worden waren. Für alle drei „Versorgungsarten“ bildete die Macht des Römischen Staats die Grundlage . . .

Die Verstärkung hatte aus einem starken und schöpferischen Bauernvolk ein verweichlichtes Geschlecht gemacht, die Sklavenfreilassungen und die ständige Vermischung der nordischen Rasse mit asiatischen, afrikanischen und sonstigen Völkern beschleunigte die rassische Entartung. Das Römische Reich ist an der Art seiner Energieversorgung gescheitert . . .“

Das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ aus der Sicht eines kompetenten Zeitgenossen von Dr. Hjalmar Schacht

Alexander Friedrich sah das so:

„Die Armee untersteht unserer Staatsführung - und nur ihr allein. Ebenso selbstverständlich ist es, daß in gleicher Weise der Staat über die gewaltige unsichtbare Armee der Energien das alleinige Oberkommando ausübt. Da die Energiewirtschaft die menschliche Muskelkraft ver Hundertfach, da von dieser

Verhundertfach unsere Existenz und unsere Zukunft abhängen, muß der Staat auch gegenüber dieser unsichtbaren Armee genau so unbedingte Autorität halten und von ihr ebenso Gehorsam, Disziplin und restlose Einsatzbereitschaft verlangen wie von der Armee der Männer.

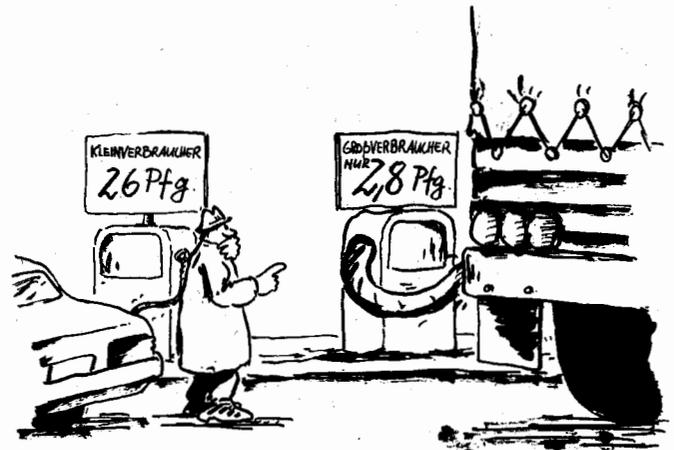
Koordination im Krieg

Die Endlösung: unser ‚Energiewirtschaftsgesetz‘

„Die zielbewusste Einflußnahme des erstarkten Reichs auf allen energiewirtschaftlichen Gebieten hat zusammen mit der Schaffung der notwendigen energiewirtschaftlichen Organisation auch die Grundlage für die überaus wirksamen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen geschaffen. . . Daher ist auch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die wichtigsten Maßnahmen, wenn auch vielleicht in etwas anderer Form, über die Kriegsdauer hinaus aufrechterhalten bleiben. . .“

Hierzu gehören vor allem die Verordnung zur Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung vom 3. September 1939 (Beginn des II. Weltkrieges: 1. September 1939) und die auf Grund dieser Verordnung geschaffene Reichsstelle für die Elektrizitätswirtschaft, deren Leiter der Reichslastverteiler ist. Diese Reichsstelle kann die Elektrizitätsabgabe an die Verbraucher nach dem Grad der Dringlichkeit regeln; sie kann notfalls auch Elektrizitätsabnehmer von der Versorgung ausschließen oder ihren Elektrizitätsverbrauch beschränken – alles mit dem Ziel, die Elektrizitätsversorgung der wichtigsten Verbraucher unter allen Umständen zu gewährleisten.“

Ohne den erreichten technischen Entwicklungsstand der deutschen Elektrizitätswirtschaft, ohne die vorher geschaffenen gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen, ohne den verbundwirtschaftlichen Ausbau wäre es nicht möglich gewesen, daß der Reichslastverteiler seine Tätigkeit sofort in vollem Umfang hätte aufnehmen können, und zwar erfolgreich und praktisch völlig reibungslos, insbesondere für die Allgemeinversorgung überhaupt kaum spürbar . . .“



Der Oberbürgermeister Ulrich Klöse wurde von Hamburgischen Electricitätswerken A.G. HEW gestürzt, obgleich Hamburg an dieser Gesellschaft einen Aktienanteil von über 70 Prozent hat, weil er den Ausstieg der HEW aus dem Kernkraftwerk-Projekt Brokdorf gefordert hat. Die HEW liefern den Hamburger Aluminium-Werken die elektrische Arbeit für 2,8 Pfg. pro Kilowattstunde, dem ‚normalen Bürger‘ dagegen für 26 Pfg. pro Kilowattstunde. Im Ballungsgebiet der 2-Millionen-Stadt Hamburg werden gewaltige Strommengen sogenannten billigen Atomstroms bei Belastung von Luft, Wasser und Boden verbraten, um aus Bauxit aus Süd-Amerika Wegwerf-Artikel aus Aluminium für den täglichen Konsum zu produzieren.

Generalinspektor für Wasser und Energie

„Eine entscheidende Förderung erfuhr die Lenkung der deutschen Energiewirtschaft durch den Erlaß der Führers vom 29. Juli 1941, der folgenden Wortlaut hat:

„Mit Rücksicht auf die besonderen Erfordernisse des Krieges und die Notwendigkeit einheitlicher Planung im großdeutschen Raum bestelle ich zur Führung und Neuordnung des Energieausbaus und der Energie- und Wasserwirtschaft einen Generalinspektor für Wasser und Energie. Er hat in seinem Geschäftsbereich die Stellung und Befugnisse eines Reichsministers. Seine Behörde ist Oberste Reichsbehörde und Preußische Oberste Landesbehörde. Zum Generalinspektor für Wasser und Energie ernenne ich den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Reichsminister Dr. Todt.“

Damit ist auch das Energiewirtschaftsgesetz von 1935 insofern geändert, als jetzt die Aufsicht über Wasser und Energie durch Generalinspektor Dr. Todt ausgeübt wird. Aus dem Erlaß ergibt sich, daß der wesentliche Teil aller energiewirtschaftlichen Angelegenheiten,

mit denen sich bisher das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsministerium des Innern, das Reichsverkehrsministerium und das Reichsernährungsministerium befaßt hatten, allmählich auf Reichsminister Dr. Todt übergeht, so daß auf energiewirtschaftlichem Gebiet die restlose Beseitigung jeglichen Nebeneinanderarbeitens auf dem Wege einer einheitlichen, langjährig ausgerichteten Führung zu erwarten ist. . . Die Berufung des Reichsministers Dr. Todt zum Generalbevollmächtigten für Wasser und Energie ist im Zusammenhang mit seinen umfangreichen Aufgaben . . . von außerordentlichem Nutzen, wird sich aber auch nach Kriegsschluß stark auswirken, wahrscheinlich weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus. . . Die Entwicklung zum totalen Staat hat auch energiewirtschaftlich einen völlig neuen Zustand gebracht. . . Dies bedeutet für Deutschland militärisch, aber auch in jeder anderen Hinsicht einen Vorsprung von entscheidender Wichtigkeit . . .“

Soweit Alexander Friedrich im Jahre 1941 in seinem Buch „Die unsichtbare Armee“.

Daß Alexander Friedrich kein nationalsozialistischer Fachidiot war, soll vielleicht an zwei Beispielen aus seinem Buch angedeutet werden:

Die Windkraftreserve der Erde ist unvorstellbar groß. Sie ist im übrigen – auch das ist ein Vorteil für ihre künftige Nutzung – viel gleichmäßiger verteilt als z.B. Kohle und Wasserkraft: Es gibt Länder, die keine Kohle, und andere, die keine Wasserkraft besitzen, aber es gibt kein Land ohne Windkraft. Durch Windkraftnutzung kann also auch ein sonst energiewirtschaftlich nur kümmerlich bedachtes Land eine eigene ausreichende Energiewirtschaft aufbauen, und zwar umso wirtschaftlicher, je größer der verfügbare Raum ist. . .

Die Energiewirtschaft ist für den Menschen das Mittel zur Macht und zur Sicherung der Zukunft. Aber mögen die Kräfte, über die der Mensch dadurch verfügt, noch so stark werden: Der Mensch ist und bleibt nur ein Stück Natur, verwachsen mit der Umwelt, gebunden an die ewigen Naturgesetze. Wenn



wir die Energiewirtschaft im Einklang mit diesen Gesetzen entwickeln, wird sie uns zum wirklichen Herrn der Erde machen.“

Vom „deutschen Rüstungswunder“ zum „deutschen Wirtschaftswunder“

Dr. Fritz Todt war eine der zentralen Führungsfiguren des Reiches. Seine persönliche Bescheidenheit, die frei war von der großtuerischen Pose anderer Parteifunktionäre, sicherte ihm Achtung der breiten Bevölkerung, nicht zuletzt deshalb, weil er für sich selber nie Propaganda machte. Dr. Todt trat als technischer Experte auf, der jeder unnötigen Bürokratie abhold war: „Ich will kein großes Büro, weil ich dadurch nur im Bürokratismus unterginge.“

Nach Dr. Todt's Tod am 8. Februar 1942 übernahm Dr. Albert Speer auf Befehl des Führers alle Ämter Dr. Todt's. Speer hatte auch als erster Baumeister Hitlers seine Hemmungen im Umgang mit anderen Menschen nicht verloren, noch immer wirkte er linkisch und schüchtern. Am meisten schreckte ihn der Gedanke, „frei in Versammlungen aufzutreten“. Die einzige öffentliche Rede als Architekt war auch die kürzeste seines Lebens gewesen und hatte sogar Hitler in nicht geringe Verblüffung versetzt:

„Mein Führer, ich melde die Fertigstellung der Ost-West-Achse. Möge das Werk für sich selber sprechen!“

Speer's System der „Selbstverantwortung der Industrie“ zur Leistungssteigerung der Rüstung, war vom Ansatz her schon von Schacht und Todt aufgebaut, d.h. strukturiert worden, wurde nun von Speer erst zur vollen Entfaltung gebracht.

„Es heißt zunächst“, so Speer, „gemeinsam und mit allen unseren Kräften dem Führer die Waffen und Geräte zu schaffen, die er zur Vollendung des Sieges in den kommenden Jahren unbedingt benötigt.“

Hatte Dr. Fritz Todt das unbegrenzte Vertrauen seiner Mitarbeiter, so schilderte der damalige Staatssekretär im

Munitionsministerium, Dr. Walter Schieber, den Unterschied der Persönlichkeiten so:

„Die menschliche Wärme Todts geht ihm (Speer) ab. Er ist kühl bis ins Herz hinein. Bei ihm zählt nur die Sache. Er wird das Letzte aus uns herausholen . . .“

So war es nicht verwunderlich, daß Angehörige des United States Strategic Bombing Survey - unter ihnen der berühmte John Kenneth Galbraith - in Schloß Glücksburg bei Flensburg Speer entdeckten, von dem sie hofften des Rätsels Lösung zu erfahren, das für sie hieß: deutsches Rüstungswunder.

Der ehrgeizige Speer versuchte sich durch Ausplaudern von deutschen Rüstungsgeheimnissen als künftiger Wiederaufbauminister zu empfehlen und sich gleichzeitig als politisch Unschuldiger hinzustellen. Die akademischen Bombenkrieg-Analysatoren gelangten aber nicht hinter die tiefen, unsichtbaren, geheimnisvollen Fundamente des deutschen Rüstungswunders. Wahrscheinlich waren auch dem Technokraten Speer die Zaubereien Schachts mit dem „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ von 1935 zugunsten der Deutschen Großindustrie nicht bewußt. Denn sonst hätten die an einer demokratischen Verfassung für Deutschland interessierten Angel-Sachsen schon auf Schloß Glücksburg in der Landschaft Angeln erkannt, daß eine Entflechtung der deutschen Großkonzerne auf Dauer nichts bringt, wenn die Wirtschafts-Verfassung der legalen Korruption nicht gründlich zerstört wird. Auf diese Weise kam es zum viel bestaunten „deutschen Wirtschaftswunder“: Die menschliche Wärme geht ihm ab. Es ist kühl bis ins Herz hinein. Beim ihm zählt nur die Sache. Es wird das Letzte aus uns herausholen. Unsere Kinder sollen es einmal besser haben als wir. . .

Geschichtliche Trend-Analyse

Dazu Martin Broszat in seinem Buch: „Der Staat Hitlers“:

„Sicherlich lag aber in der Vergrößerung des privatkapitalistischen Profits nicht die entscheidende Wirkung der NS-Wirtschaftspolitik. Auch war es nicht der freie Unternehmer, der im Dritten Reich gedeihen konnte. Herangezogen wurde vielmehr ein Typus des Wirtschaftsführers, der halb Funktionär des Regimes, halb privater Unternehmer war. . . Das Regime . . . räumte damit aber bestimmten Fachleuten und Interessenten der industriellen Wirtschaft starken Einfluß auf die nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten konstruierten Lenkungsorgane des Regimes ein. . .“

Der sich aus der Beauftragung Todts und später Speers entwickelte Führungsapparat stellte eine eigenartige Mischung von Behörde und wirtschaftlichem Management dar; ein Mann im Staate, der der Kontrolle der allgemeinen Staatsverwaltung weitgehend entzogen war, gleichsam ein Element unmittelbarer Führer-Regierung. So entstanden führerunmittelbare Zentralorgane außerhalb der Organisation der Reichsregierung, wovon der „Generalinspektor für Wasser und Energie“ auch die bedingungslose Kapitulation am 8. Mai 1945 strukturell heil überstand und als „Deutsche Verbundgesellschaft e.V.“ am 15. November 1948 noch ‚rechtzeitig‘ vor Gründung der föderativen Bundesrepublik wieder das offizielle Licht der Öffentlichkeit betrat.

Um solche Störstellen im Rechtsstaat von vornherein unmöglich zu machen, hatte der Staatssekretär Reinhardt von Reichsfinanzministerium am 24.11.1935 bei einer Chefbesprechung in Gegenwart des Führers Adolf Hitler ‚staatsrechtliche Bedenken‘ geltend gemacht: „Eine Oberste Reichsbehörde hätte das Vorhandensein eines Reichsministers zur Voraussetzung.“

„Aber Hitler, der seinem Favoriten Todt ungehemmtes Arbeiten ermöglichen wollte, beharrte auf seinem Standpunkt: Eine schon bestehende Behörde

würde die neue Aufgabe ‚nur nebenbei und deshalb unvollständig lösen‘. . . Die Errichtung eines neuen Ministeriums komme nicht in Frage. Die zu errichtende Behörde müsse nur den Charakter eines Ministeriums (gemeint offenbar: im Hinblick auf die Entscheidungsbefugnisse) haben, solle sich aber, von jeder Detailarbeit fernhalten, damit sie die lebendige Kraft bleibe, die die ihr zugewiesenen Arbeiten fortreibt. Sie habe die neue Aufgabe vor allem ‚inspirativ zu befruchten‘ und solle ‚mit der reinen Verwaltung . . . nichts zu tun haben‘. Der Generalinspekteur solle nur der Organisator sein, der über der gesamten Apparatur stehe‘.

Auf besonderes Ersuchen Hitlers wurden ‚die vorgebrachten Bedenken‘ der anderen Ressortchefs ‚zurückgestellt‘, und am 30.11.1933 erging der Erlaß des Reichspräsidenten über den ersten Generalinspekteur (RGBl. I, S. 1057), der

diesem den Status einer dem Reichskanzler direkt unterstehenden Obersten Reichsbehörde zuerkannte.

So wurde die einheitliche Staatsverwaltung und Reichsregierung schon unter Hitler in zunehmendem Maße von Sonderorganisationen und partikularen Führungsapparaten zersetzt. Hatte dieser Zersetzungsprozeß erst einen bestimmten Umfang angenommen, so boten sich der nationalsozialistischen Führung immer größere Möglichkeiten, neben der öffentlichen, der Form nach legalen Machtausübung und Regierung weitere Ziele auf dem Wege von Geheimerlassen und mit Hilfe der inzwischen herangebildeten separaten Führungsapparate und Sonderorganisationen durchzusetzen und dabei die allgemeine Staatsverwaltung gar nicht oder nur partiell und sekundär zu unterrichten und zu beteiligen.“

Angesichts des Nürnberger Prozeß erkannte Albert Speer: „Dieser Krieg endete mit ferngesteuerten Raketen, mit Flugzeugen von Schallgeschwindigkeit, mit neuartigen Unterseebooten und mit Torpedos, die ihr Ziel selber finden, mit Atombomben und der Aussicht auf einen furchtbaren chemischen Krieg. Der nächste Krieg wird zwangsläufig im Zeichen dieser neuen zerstörenden Erfindungen menschlichen Geistes stehen . . . Daher, je technischer die Welt wird, um so notwendiger ist als Gegengewicht die Förderung der individuellen Freiheit und das Selbstbewußtsein des einzelnen Menschen. Darum muß dieser Prozeß ein Beitrag sein, um in der Zukunft entartete Kriege zu verhindern und die Grundregeln menschlichen Zusammenlebens festzulegen.“ (siehe s. 151, Hjalmar Schacht „Abrechnung mit Hitler“) Die einst mächtige Person Generalinspekteur für Wasser und Energie Albert Speer hatte ein Einsehen, wurde bestraft und ist heute tot; aber die Struktur lebt unbeschadet weiter?

Gründung der BRD ohne Demokratisierung der Energiewirtschaft

Der beste Beweis, daß nicht das Grundgesetz von 1949 die wahre Verfassung der Bundesrepublik auf dem Gebiet der Wirtschaft war, ist die Studie „Verbrauchsorientierte Stromerzeugung“

von Dr. Ing. e. h. Dr. F. Marguerre vom Dezember 1951. Diese gründliche „Untersuchung“ über den kapital- und kohlenparenden Verbund von rohstoff- und absatznahen Werken“ wurde den zuständigen Ministerien des Bundes und der Länder überreicht. Der damalige ‚Verband kommunaler Unternehmen der Orts- und Kreisstufe (VKU)‘ in Köln und die damalige ‚Arbeitsgemeinschaft der regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (ARE)‘ in München kamen in dieser Untersuchung zu dem Ergebnis:

„Die herrschende Meinung, daß der Rohstoff den Standort der Stromerzeugung bestimmen müsse, wird untersucht und für die Wasserkräfte und die Braunkohlenvorkommen grundsätzlich

bestätigt. Dagegen wird festgestellt, daß die Steinkohlenvorkommen nur begrenzt geeignete Standorte für Kraftwerke sind, nämlich insoweit als genügend sog. Ballastkohle (Staubkohle, Schlammkohle, Mittelgut) zur Verfügung steht, daß aber Kraftwerke, die hochwertige (d. h. transportfähige und dadurch marktfähige) Steinkohle verbrauchen, zweckmäßiger in den Zentren des Verbrauchs errichtet werden, wodurch der Bau neuer großdimensionierter Verbundleitungen eingespart werden kann . . .

Die Konzeption der auf ihre natürlichen Grenzen beschränkten Verbundwirtschaft mit dezentralisierten Kraftwerken weist offensichtliche und entscheidende Vorteile in Bezug auf das heutige Charakteristikum unserer Volkswirtschaft – den Kapitalmangel – auf. Da dieser bei unserem Wiederaufbau- und Nachholbedarf eine chronische Krankheit auf lange Jahre bleiben wird, andererseits die Deckung eines stark erhöhten Energiebedarfes als Vorbedingung

der Produktivität und eines steigenden Lebensstandards erkannt ist, so bleibt nur der Weg, der mit gegebenem Kapitalaufwand möglichst viele Kilowatt beim Abnehmer zur Verfügung stellt. Da aber ein fernübertragenes Kilowatt, wie gezeigt, 50 bis 100% mehr Kapital erfordert als ein dezentral in Verbrauchsschwerpunkten erzeugtes, müßte die dezentrale Erzeugung sogar dann, wenn durch sie der Strom verteuert würde, gewählt werden. Eine Verteuerung tritt aber durch dezentralisierte Erzeugung, wie sie hier vorgeschlagen wird, nicht ein. Die Kapitalersparnis und der hierbei aufrechterhaltene gesunde Wettbewerb führen sogar zu gegenteiligen Ergebnissen.“

Obgleich der Autor der sehr interessanten Studie die sich verstärkenden Monopolgefahren gesehen hat, konnte auch seine Warnung politisch eher das

Gegenteil bewirken:

„Neben den erörterten Gründen, die eine Großraum-Verbundwirtschaft und eine Konzentrierung der Erzeugung auf den Kohlengruben als wirtschaftlich falsch kennzeichnen, erheben sich noch gewichtige Bedenken wirtschaftspolitischer Natur. Es bildet nun einmal der Besitz der großen Fernleitungen die Schlüsselposition der elektropolitischen Macht, und dies umso mehr, je leistungsfähiger sie sind: also stellt eine 380-kV-Leitung mit ihrer mindestens vervierfachen Leistung gegenüber den bisherigen Höchstspannungsleitungen für ihren Besitzer einen ganz außerordentlichen Zuwachs an Macht dar, der aus sich selbst wieder weitere Machtbestrebungen erzeugt. Diese werden noch viel stärker, wenn sie mit gewaltigem Rohstoffbesitz gekuppelt sind. Solche wirtschaftliche Monopolpositionen sind grundsätzlich unerwünscht.“

Dr. Dr. Marguerre dachte demokratisch und gemeinnützig; darüber konnte der „Generalinspektor für Wasser und Energie“ im mittlerweile zivilen Gewand „Deutsche Verbundgesellschaft e.V.“ in Heidelberg natürlich nur hinweggehen.

So schreibt Heinz Lichtenberg, Vorstand der Badenwerke A. G. Karlsruhe 26 Jahre später in der Zeitschrift „Elektrizitätswirtschaft“ unwidersprochen: „Aus heutiger Sicht kann nur festgehalten werden, daß der Trassenbedarf für 1.200 kV Höchstspannung sprechen würde.“ Es ist richtig: „bedarf“ kommt von „dürfen“ und „Macht ist, was Macht erzeugt“.

Was sagte noch Ferdinand Lassalle vor hundertzwanzig Jahren?: „Wenn Sie in Ihrem Garten einen Apfelbaum haben und hängen nun an denselben einen Zettel, auf den Sie schreiben: dies ist ein Feigenbaum, ist denn dadurch der Baum zum Feigenbaum geworden? Nein, und wenn Sie Ihr ganzes Hausgesinde, ja alle Einwohner des Landes herum versammeln und laut und feierlich beschwören lassen: da wird sich's zeigen, da wird er Apfel tragen und keine Feigen.“

Lassalle wollte uns nicht veräppeln, sondern mit dem Beispiel sagen, wir

sollen nicht feige sein, wenn wir die Demokratie wollen.

Es nützt eben nicht der Demokratie – sondern schadet ihr – wenn weiterhin um das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ eine Banderole geklebt ist, auf der steht: „Grundgesetz von 1949, Demokratie, Bundesrepublik Deutschland“; denn solange der „Reichswirtschaftsminister“ und der „Generalinspektor für Wasser und Energie“ die ordnenden, grundlegenden, strukturellen, bestimmenden Faktoren sind, geht immer wieder die Saat des totalitären Geistes auf und nicht die der Würde der Natur und des Menschen.

Am Schluß der „Untersuchung“ von Dr. Dr. Marguerre steht die Bemerkung: „In der Zeitschrift „Der Volkswirt“ vom 10. August 1951 findet man auf Seite 5 einen Artikel „Elektrokonflikt überholt“. Wir vertreten auch die dort dargelegte Auffassung. Sie geht dahin, daß die Aufgaben der Stromversorgung so groß und so dringend sind, daß gar keine Zeit für große prinzipielle Auseinandersetzungen bleibt, sondern alle Kräfte darauf zu konzentrieren sind, die Stromerzeugungs- und Stromverteilungsmöglichkeiten so rasch wie nur möglich zu erhöhen . . .“

Angesichts des sterbenden Waldes, der toten Flüsse und Seen, der Arbeitslosigkeit und steigenden Kriegsgefahr, bedauern wir diese Prinzipienlosigkeit zu tiefst. Was nützt die Erkenntnis, wenn der Mut zur Tat fehlt? Über die „Öko-Bewegung“ wird auch die Geschichte hinweggehen, wenn auch sie diese Fehler wiederholen würde. Deshalb lautet die unabdingbare Forderung: „Einzug der demokratischen Verfassung in das grundlegende Gesetz der Energiewirtschaft, mit anderen Worten: unwiderrufliche juristische Versenkung des III. Deutschen Reiches und voll gültiges Verankern einer demokratischen Bundesrepublik Deutschland.“

Wir werden alle erleben, wie schwer es für die sich selbst demokratisch nennenden Parteien ist, sich dafür einzusetzen. Ihre Macht ist in Wahrheit so gering, daß sie es sich auch

Blackout

„Ein Elektrizitätsverteilersystem, das einen so weitreichenden, unvorhergesehenen Stromausfall erlitten hat, gleicht einem Puzzlespiel aus vielen Einzelteilen, die gerade noch ein Bild ergeben haben, plötzlich aber – ohne Vorwarnung – auf den Boden geworfen und zerstruet werden. Natürlich wird es eine ganze Weile dauern, bis alles wieder zusammengesetzt ist . . . Das Ziel war, die Verbindung zum Verbundnetz wiederherzustellen.“

. . . Die Geschäfts- und Verwaltungszentren der Groß- und Kleinstädte hatten Vorrang. Als nächstes kamen Vororte, vor allem solche mit Industrieanlagen. Erst dann folgten die Dörfer. Abgelegene ländliche Gegenden würden ebenfalls bis zum Schluß warten müssen.

Aber es gab Ausnahmen. Krankenhäuser, Wasserwerke, Abwasseranlagen und Betriebe der Telefongesellschaft wurden bevorzugt angeschlossen. Es stimmte zwar, daß diese Einrichtungen über Notstromaggregate verfügten, aber mit ihnen konnte nur ein Teil des normalerweise benötigten Stroms erzeugt werden.

Schließlich gab es noch eine Sonderbehandlung für einen bestimmten Personenkreis.“

– aus Arthur Hailey
„Hochspannung“ –

weiterhin nicht leisten können, offen auf den „Reichswirtschaftsminister“ und den „Generalinspektor für Wasser und Energie“ zu verzichten. Das ist der tiefe Grund, weshalb vor allem die großen Stromversorgungsunternehmen entschieden und mit großem materiellem Einsatz gegen die „Alternativen“ und „Grünen“ Front machen,

– weshalb die allgemeinen Verhältnisse sich weiter verschlechtern werden,

– weshalb nur an den Erscheinungen gedoktert wird, die wahren Ursachen jedoch durch Aktionismus verschleiert und verdrängt werden.

Das hat System

Unlängst erschien eine farbige Anzeige der drittgrößten deutschen Bank in den großen Magazinen. Auf einer Doppelseite zeigte sie eine Landschaft mit vielen Hochspannungsmasten und Hochspannungsleitungen, rosarot im Nebel. Die sonst eher nüchternen Banker empfahlen ihre Dienste: „Dazu brauchen Sie einen Bankpartner, der sich der Herausforderung stellt.“

„Hallo wach“, wenn Realisten ins Schwärmen geraten. Voller Neid blicken die Banker auf das sichere Geschäft mit der elektrischen Energie. Schneller, als Weltraumraketen fliegen können, wird fast geräuschlos ein Supergeschäft bewegt. Nur in der Hand der neun großen Verbundgesellschaften: ein Strom-Transportsystem länger als das deutsche Autobahnnetz, exklusiver als die Bundesbahn, monopolistischer als das Fernmeldemonopol, gewinnbringender als das Geldtransfersystem der Banken, unbekannter als die Geheimdienste: das deutsche Strom-Verbundsystem.

Was passiert da?

Will Mutter ihrem studierenden Sohn etwas zu essen schicken – ihm knurrt der Magen –, so packt sie ein Paket. Per Eilpost oder Bahnexpress hat ihr Sohn das Eingemachte, Selbstgebackene und Selbstgeschlachtete in einem Tag.

Selbermachen mit der alten Technik.

Will die Mutter dagegen hundert Mark bargeldlos ihrem studierenden Sohn schicken, damit er sich etwas von anderen Zubereitetes kauft, zahlt sie am Bankschalter das Geld ein plus einer Überweisungsgebühr. Im Weggehen vom Schalter sieht sie, wie ihr Hundertmarkschein einem nach ihr Anstehenden übergeben wird. Der Betrag wird also verrechnet. Darauf kann der Sohn freilich lange warten: fünf Tage meistens, manchmal länger.

In der Zwischenzeit haben die Banken den Hundertmarkschein

ausgeliehen und damit Geld verdient. Sie haben sich von Mutter und Sohn ein zinsloses, unabgesichertes Darlehen über hundert Mark genommen, anstatt das Geld, wie die Banken untereinander, sofort auszus zahlen.

Ein gutes Geschäft, das tagtäglich mit blitzschneller elektronischer Datenverarbeitung in Milliardenhöhe abläuft. Wieso kommen dann diese erfolgreichen Banker beim Anblick von Hochspannungsleitungen erst so richtig ins Schwärmen? Hat das einen realen oder einen emotionalen Grund, daß sie diese Art der Energietechnik Spitze finden?

Lassen Sie uns nachdenken: Unsere Mutter lebt in einer alten Wassermühle im Schwarzwald. Seit 50 Jahren „mahlt“ die Mühle mit einem elektrischen Generator Strom. Der wird in das öffentliche Stromnetz eingespeist. Für den hausgemachten Strom bekommt Mutter 4,71 Pfennig pro geleistete Kilowattstunde.

Das selbstgemachte Eßbare und, wenn sie wollte, sogar Holzscheite zum Ofenheizen kann sie ihrem Sohn per Paket schicken. Post- und Bahnmonopol müssen es zu einer festgesetzten Gebühr transportieren. Eine hundert Jahre alte Praxis.

Nun muß man ja nicht unbedingt Holzscheite per Bahn transportieren, um Energie von einem Ort zum anderen zu bringen. Wie hieß es noch in der Anzeige mit den Hochspannungsleitungen im Nebel:

„Energie wird knapp und teuer. Das ist eine Herausforderung an uns alle. Wirtschaft und Staat müssen sich darauf einstellen. Mit hohen Investitionen – weltweit. Dazu brauchen Sie einen Bankpartner, der sich der Herausforderung stellt.“

Die Mutter möchte sich dieser Herausforderung stellen. Anstatt das selbstgeschlagene Holz per Bahn zu ihrem Sohn zu transportieren, möchte sie ihm den selbstge-

machten Strom schicken. Technisch geht das blitzschnell und energiesparend. Denn die Mutter als Stromerzeuger und der Sohn als Stromverbraucher hängen am selben Netz: dem deutschen Strom-Verbundsystem.

Aber geht das auch finanziell?

Den Strom per Leitung verschicken, das können nur die Verbundgesellschaften. Aber sie kaufen den Strom von der Mutter im Schwarzwald und zahlen 4,71 Pfennig für die gelieferte Kilowattstunde. Diese Kilowattstunde aber verkaufen sie Mutters Sohn für bis zu 51 Pfennig – zum zehnfachen Preis!

Man muß kein Banker sein, um bei solchen Gewinnen ins Schwärmen zu kommen.

Ulrich Jochimsen



Vierteljahresschrift für Ökologie und Umweltpolitik
Ausgabe des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Mittwoch, den 20. Oktober 1987

FLENSBURG AVIS

Monopol-Sicherung auf den Halligen Gröde und Langeneß

Notstromaggregate für 4 50 000 Mark sollen die Stromversorgung sichern — Wartung und Betrieb nur mit Schleswag-Technikern — An Abwärme-Nutzung ist nicht gedacht

HALLIG-LANGENEß. Den Halligbewohnern von Langeneß und Gröde soll die Angst vor Stromausfall bei Sturmflut und Schneekatastrophen genommen werden. Dafür hat das Amt Pellworm insgesamt zehn Notstromaggregate angeschafft. **Kostenpunkt: 4 50 000 Mark.** Das Geld kommt vom Land, es ist ein Teil des Vier-Millionen-Sofortprogramms der Landesregierung, das nach der sogenannten Schneekatastrophe 1978/79 aufgelegt worden war. Allzu sicher fühlen die Halligbewohner sich aber nicht, trotz dieser Investition. Denn wenn es hart auf hart geht, der Sturm pfeift, das Meer tobt und der Strom wirklich ausfällt — also dann, wenn die Aggregate gebraucht werden, müssen Techniker der Schleswag auf die Warften kommen, um die Stromlieferanten anzuwerfen. Die Halligbewohner dürfen das nicht selbst tun.

»Ich bin froh und dankbar, daß wir die Aggregate bekommen«, erklärte Halligpastor Eckard Jäger gegenüber Flensburg Avis. »Die Schleswag müßte jetzt aber auch Leute hier von der Hallig ausbilden, die die Geräte bedienen und einschalten können. Das hat die Schleswag aber abgelehnt.« Er selbst würde sich sofort zur Verfügung stellen. »Hier auf der Kirchwarft steht eines der vier großen Aggregate. Ich traue es mir zu, so einen Apparat zu bedienen. Wir Menschen hier auf der Hallig haben nicht zwei linke Hände.

Er habe der Schleswag auch ein entsprechendes Angebot gemacht. »Die hat aber gar nicht darauf reagiert.« Da verteidige das Stromversorgungsunternehmen sein Monopol. »Dabei ist es doch wichtig, daß die Leute von den Warften, auf denen die Notstromaggregate stehen, diese auch bedienen können. Bei Windstärke elf, wenn sich da ein Techniker der Schleswag vom Hubschrauber abseilen lassen muß — also ich weiß nicht, ich möchte von diesen Leuten nicht mehr verlangen, als ich mir selbst zutraue,« meinte der Pastor.

Nicht nur zum Einschalten im Notfall, auch für die regelmäßige Wartung müssen Schleswag-Techniker auf die beiden Halligen. Die Wartung der Motoren werde zwar Maschinisten der Freiwilligen Feuerwehr auf den beiden Eilanden übertragen, sobald die dazu ausgebildet sind. Aber das Einspeisen des Generatorstroms ins Netz müsse von diesen Elektrizitäts-Fachleuten vom Festland vorgenommen

werden, erklärte uns der leitende Verwaltungsbeamte des Amtes Pellworm, Manfred Delfs, sowie Pressesprecher Hans-Joachim Schiller von der Schleswag in Rendsburg.

Unklarheiten bestehen offenbar noch, wie oft gewartet werden muß: Die Schleswag sprach von zehn »kleinen« Wartungen, bei denen nur der Motor des Aggregats anzulassen ist, und 2 »großen« Inspektionen, bei denen auch der Generator zugeschaltet wird. Nur diese zwei mal im Jahr sei die Bedienung durch einen Schleswag-Mitarbeiter erforderlich. Amtsleiter Delfs dagegen sprach von Wartungsläufen alle zwei Monate, jedesmal unter Beisein eines Schleswag-Mannes.

Dabei mangelt es an technischem Sachverstand sicher nicht auf Langeneß. Der Bürgermeister Andreas Paulsen ist Schiffingenieur mit C-6-Patent, das ihn zu »Großer Fahrt« berechtigt. Er weiß, wie man mit Stromaggregaten und Dieselmotoren umzugehen hat. »Für das Einspeisen in's Netz bräuchte ich aber eine Einweisung, weil bei den Probeläufen ja das Netz unter Spannung steht«, schränkte er zwar ein. »Aber wenn ich gefragt werde: Ich wäre bereit, die Wartung zu machen.« Paulsen reißt sich allerdings nicht direkt darum: »Ich habe eigentlich genug zu tun als Bürgermeister...«

Ungenutzte Möglichkeiten

Dieselgetriebene Notstromaggregate bieten nicht nur die Möglichkeit, im Ernstfall das Kabel zum Festland zu erset-

zen. Der ganze Apparat erzeugt auch Wärme, die man nicht verpuffen lassen muß. Über Kühlwasser- und Abgas-Wärmetauscher kann man diese Energie für die Hausheizung nutzbar machen. »Energiebox« nennt Ingenieur Ulrich Joachimsen aus Flensburg diese doppelte Nutzung des Kraftstoffes in einem kleinen Fernwärme/Kraftwerk.

»Das wäre eine feine Sache«, meint Pastor Jäger. »Hier auf der Hallig hat aber wohl noch niemand darüber gesprochen.« Auch beim Amt Pellworm hat niemand darüber nachgedacht. Dabei wäre die Abwärmenutzung auf drei Warften lohnend, besonders auf der Hunnenwarft, wo fünf Häuser und ein Notstromaggregat stehen, meint Bürgermeister Paulsen.

Allerdings, daran besteht kein Zweifel, müßte man dann das ganze Stromversorgungssystem der Halligen insoweit ändern, als die Aggregate im Winterhalbjahr die reguläre Stromversorgung sichern und das Festland-Kabel nur für Notfälle da sein müßte. Pastor Jäger wäre davon nicht begeistert: »Das ganze Jahr über den Dieselqualm vor meiner Haustür? Nein danke!« Bei entsprechender Vorplanung ließe sich das aber vermeiden.

Das grundlegende Problem jedoch: Die Schleswag müßte da mitmachen. Das Stromversorgungsunternehmen hält aber nichts vom Konzept »Energiebox«. Es hat wiederholt auf Berechnungen hingewiesen, die der Energiebox Unwirtschaftlichkeit nachsagen.

Allerdings: Diese Berechnungen werden auch von Fachleuten in Zweifel gezogen. Außerdem stellt sich die Frage: Wo ist die Wirtschaftlichkeit, wenn jeden zweiten Monat Techniker auf die Halligen übersetzen müssen, und eine halbe Millionen Mark zudem meist ungenutzt rumsteht? Wie meinte doch der wackere Kirchenmann von Langeneß: Da sichere sich jemand sein Monopol.

-ze-